Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Mittwoch, den 18. Februar 1920 — Nr. 39 / A 22 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 Mk., bei direktem Postbezug monatl. 4,15 Mk., bei Zustellung unter Kreuzband für Deutschland 7,— Mk., für das Ausland 8,— Mk. per Brief 13,— Mk.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile ob. deren Raum einschl. Teuerungszuschlag 3,20 Mk., das fettgedruckte Wort 1,15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pf. Familien- und Organisationsanzeigen die achtgespaltene Nonpareillezeile 2,40 Mk., das fettgedruckte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 2895–96, 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsch-russische Verhandlungen.

Kein Ausweichen mehr!

Die Note der Entente bringt keine Ueberraschungen. Ihr Inhalt entspricht im wesentlichen den Andeutungen, die in den letzten Tagen durch die Presse gegangen sind. Auf die Auslieferung der in der Liste aufgezählten Angeklagten wird einstweilen verzichtet, und man legt der deutschen Regierung die Pflicht auf, gemäß ihrem eigenen Anerbieten, das Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig durchzuführen. Die Alliierten wollen auf den Gang des Prozesses keinen unmittelbaren Einfluß ausüben, sie behalten sich nur vor, an Hand der Tatsachen die ehrliche Absicht Deutschlands und seinen aufrichtigen Wunsch zur Mitwirkung an der Bestrafung zu bemessen, und sie betonen ihr Recht, die Auslieferungsparagraphen aufs neue in Wirksamkeit treten zu lassen, wenn nach ihrer Meinung Verfahren und Urteile zu Beanstandungen Anlaß geben.

Damit ist das nationalistische Gezeter, das Deutschland ein paar Wochen lang durchhallt hat, gegenstandslos geworden. Mehr als das: der Wortlaut der Note macht es sogar fraglich, ob zu der gewaltigen Entrüstung überhaupt jemals ein wirklicher Grund vorgelegen hat. Sie erklärt, daß der gegenwärtige Standpunkt der Entente sich durchaus im Einklang mit dem Artikel 228 des Friedensvertrages befinde, und beruft sich auf den letzten Satz des ersten Abschnittes, der folgendermaßen lautet: „Diese Bestimmung (d. h. die Anerkennung der Befugnis der alliierten und assoziierten Mächte, die Kriegsverbrecher vor ihre Militärgerichte zu stellen) gilt ohne Rücksicht auf irgendein Verfahren oder eine Verfolgung vor einem Gericht Deutschlands oder seiner Verbündeten."

Die Fassung dieser Stelle ist sicher nicht absolut klar und eindeutig. Aber die Botschafterkonferenz legt sie dahin aus, daß man sich von Anfang an nur das Recht vorbehalten habe, die Auslieferung solcher Personen zu fordern, die vor deutschen Gerichten nicht entsprechend ihrem Vergehen zur Verantwortung gezogen worden seien. Demnach hätte die Ueberreichung der Liste im wesentlichen nur die Bedeutung einer Formalität gehabt, die innerhalb einer bestimmten Frist zu erfüllen war, und es wäre nicht der Plan der Gegner gewesen, die Uebergabe der Angeklagten sofort oder in absehbarer Zeit, ohne Rücksicht auf ein etwa eingeleitetes deutsches Strafverfahren zu fordern.

Leider hat die deutsche Regierung zu gegebener Stunde nichts getan, um die wahren Absichten der Verbündeten festzustellen, sondern sie ließ sich eine Hetze entfesseln, die die Dinge so darstellte, als ob Hindenburg und Ludendorff und die neunhundert anderen Beschuldigten morgen oder übermorgen schon den Schergen der Entente überliefert werden sollte. Sie markierte die Entschlossenheit zu einem Widerstand, für den einstweilen überhaupt die Voraussetzungen fehlten, und sie würde sich jetzt gern den Glorienschein des Siegers ums Haupt winden, wenn sie nicht zu ihrer schmerzlichen Ueberraschung feststellen müßte, daß ihr „Erfolg" von den berufensten Hütern des nationalen Ansehens nicht anerkannt wird.

Der Ton, den die „Deutsche Tageszeitung" sofort nach der Veröffentlichung des ersten Reutertelegramms anschlug, klingt jetzt, zu einem Brausen verstärkt, durch die ganze nationalistische Presse. „Unannehmbar" ist der Refrain, mit dem die Kampfgesänge der rechtsstehenden Blätter durchweg enden. Die „Deutsche Zeitung" begehrt kurz und knapp die runde Ablehnung der Forderung des Verbandes. Graf Reventlow verlangt, daß sie als eine Verletzung der deutschen Souveränität und als eine Konsignierung der deutschen Gerichte und der deutschen Rechtspflege zurückgewiesen werde, und die „Kreuzzeitung" versichert voller Leiden-Lust, daß Deutschland aufs neue vor der Frage stehe, ob es seine Ehre und Selbständigkeit opfern oder ob es noch einmal, und sicher nicht zum letzten Male, sich zum Widerstand gegen eine Zumutung entschließen müsse, die uns in endgültige Sklaverei der Sieger bringen solle.

Wer die wirklichen Beweggründe der Deutschnationalen noch nicht verstanden hat, der erkennt sie jetzt. Sie wollen überhaupt kein Gerichtsverfahren, das einige Garantien für die Bestrafung der Schuldigen bietet, und sie betrachten die ganze Affäre nur von dem Gesichtspunkt, daß sie ihnen das Feuer liefern kann, an dem sich ihr Parteitopf kochen läßt. Die neueste Note hat ihre Position erschüttert, aber sie verzagen nicht, und die „Kreuzzeitung" nennt es Pflicht der Regierung, jetzt vor aller Welt zu zeigen, ob sie noch Gefühl für deutsche Ehre habe.

Wir können das Wort von der deutschen Ehre aufgreifen und die Frage stellen, ob die deutsche Ehre denn nicht auch verlangt, daß unterschriebene Verträge nach Möglichkeit erfüllt, und daß ganz davon abgesehen, gemeine Verbrecher vor einem Gerichtshof gestellt werden, der den Geschädigten die nötigen Sicherheiten für ein wirklich unbefangenes Urteil bietet. Aber wir sind uns darüber im klaren, daß wir uns über den Begriff der Ehre mit Leuten, die an ihn vom Standpunkt des Offiziers und des Korpsstudenten herangehen, niemals einigen werden und sprechen deshalb ganz einfach von den Interessen des deutschen Volkes. Die aber verlangen, daß die Regierung ungesäumt und mit aller Entschlossenheit den Weg beschreitet, den ihr die Vertragsgegner vorgezeichnet haben.

Im einzelnen wird es freilich noch einige Schwierigkeiten und Unklarheiten geben. Zunächst kann das Reichsgericht auch auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919, nur solche Vergehen vor sein Forum ziehen, die strafrechtlichen Charakter tragen. Es kann das Verfahren gegen Personen einleiten, die des Diebstahls, des Mordes, der Plünderung und des Raubes verdächtig sind. Aber es besitzt gegenwärtig keine Möglichkeit, die Verletzungen der allgemeinen Regeln des Völkerrechtes zu ahnden. Herr Tirpitz, der der Entfesselung des unbeschränkten U-Bootkrieges angeklagt ist, und Herr von Bethmann Hollweg, dem der Bruch der belgischen Neutralität vorgeworfen wird, finden in Leipzig keinen Richter.

Hier muß, in Verständigung mit der Entente, ein Auskunftsmittel gefunden werden. Leider besteht ja kein internationales Tribunal, das berufen wäre, Vergehen wider das Völkerrecht abzuurteilen und der berühmte deutsche Staatsgerichtshof, der uns, wenn wir nicht ganz irrig sind, im vorigen Jahre versprochen wurde, ist bis heute noch nicht Wirklichkeit geworden. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der für diesen Gerichtshof das nötige Material liefern sollte, hat sich nach kurzer Tätigkeit wieder zur Ruhe begeben, und es fehlen also heute noch die juristisch-technischen Vorbedingungen, den Forderungen der Alliierten, wenn anders sie auf der Bestrafung der politischen und militärischen Verstöße bestehen, nachzukommen.

Nicht ganz leicht wird es aber im einzelnen Falle sein, das nötige Beweismaterial und die Zeugen für die unter das Strafgesetzbuch fallenden Frevel zur Stelle zu schaffen. Aber es darf nichts unversucht gelassen werden, alle diese Hindernisse zu überwinden und in Paris und London darf nicht einen Moment lang der Eindruck aufkommen daß es der deutschen Regierung an dem guten Willen und der festen Entschlossenheit zu seiner Durchführung fehle. Das ist die einzige Möglichkeit ein Rückgreifen der Entente auf die Auslieferungsparagraphen zu verhindern und von Deutschland die schweren Schäden abzuwenden, die eine Nichterfüllung der Vertragsbestimmungen unweigerlich nach sich ziehen würde.

Wird die Regierung diese Energie aufbringen? Das ist die große Frage des Augenblicks. Sie hat sich im Laufe des letzten Jahres so sehr in die Gefangenschaft der Nationalisten begeben, daß es ihr schwer fallen muß, sich aus den Fesseln zu lösen. Aber sie soll sich nicht einbilden, daß sie, außer den Trabanten der Reventlow und Traub, heute noch mit großen Gesten und patriotischen Phrasen nennenswerte Teile des Volkes hinter sich bringen kann. Die Entente ist klug gewesen, ihr die Möglichkeit zum Schwenken der nationalen Fahne zu nehmen. Die Masse läßt sich jetzt nicht mehr mit Redensarten betrunken machen. Sie verlangt ganz einfach, daß die deutschen Machthaber die Konsequenzen aus der Entfesselung des Krieges, aus der barbarischen Art seiner Führung und aus der verdienten Niederlage ziehen. Die Schuldigen müssen bestraft und die Kriegsverbrechen gesühnt werden.

Ein Anfang.

Berlin, 17. Februar.

Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungeklärte Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Besprechungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Herrn Wigdor Kopp, einzutreten.

*

Dieser Tage ging durch die Presse eine Meldung, daß die Entsendung einer deutschen Studienkommission nach Sowjetrußland beabsichtigt sei. Dazu läßt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von unterrichteter Seite mitteilen, daß Wirtschafts- und Industriekreise vor einigen Wochen an die Regierung herantraten mit der Absicht, im Anschluß an die in Kopenhagen geführten Verhandlungen zwischen dem Verband und Sowjetrußland auch ihrerseits mit russischen Kreisen in Fühlung zu treten. Die Regierung lehnte eine amtliche Beteiligung ab und hat es der deutschen Industrie überlassen, mit russischen Wirtschaftsverbänden direkte Beziehungen aufzunehmen.

Der Prozeß gegen Caillaux.

Paris, 17. Februar.

Heute Nachmittag beginnt vor dem zum Obersten Staatsgerichtshof erklärten Senat die Verhandlung gegen Joseph Caillaux. Caillaux ist angeklagt, von der Kriegserklärung an, namentlich in den Jahren 1914, 1915, 1916 und 1917, sei es in Frankreich und besonders in Paris, sei es im Ausland gegen die äußere Sicherheit des Staates Anschläge unternommen und im Einverständnis mit dem Feinde gesucht zu haben, um dessen Pläne gegenüber Frankreich und seinen Alliierten zu begünstigen. Das sind Vergehen gegen das Strafgesetz und gegen das Militärjustizgesetz. Caillaux wird von den Advokaten Demange, de Moro-Giafferie und Moulet verteidigt; die beiden letzteren sind Abgeordnete der Kammer. Die heutige Sitzung wird mit der Verlesung des Anklageaktes ausgefüllt werden. In die Debatte selbst wird Freitag eingetreten. Den Vorsitz im Obersten Gerichtshof führt Leon Bourgeois, als Staatsanwalt ist Lescouve tätig. Von der Anklagebehörde sind 71 Zeugen geladen, von den Verteidigern fast ebensoviel. An drei Tagen in der Woche, Dienstag, Mittwoch und Freitag wird verhandelt.

Der Wortlaut der Entente-Note.

Eine bedeutsame Ergänzung.

Die Note der alliierten Mächte in der Auslieferungsfrage, die wir bereits in unserer Dienstag-Abendausgabe veröffentlichten, wurde am gestrigen Mittag durch den englischen Geschäftsträger, Lord Kilmanrock, dem Außenminister Müller übergeben.

Die amtliche Uebersetzung bringt eine neue Tatsache, die in dem früher verbreiteten Wortlaut nicht enthalten ist. Es heißt in ihr:

> Inzwischen nehmen die Alliierten von der durch die Deutsche Regierung abgegebenen Erklärung Akt, daß diese bereit ist, unverzüglich vor dem Obersten Gerichtshof in Leipzig gegen alle Deutschen, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte zu fordern beabsichtigen, ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit den vollständigsten Garantien umgeben sein und alle Urteile, Verfahren oder früheren Entscheidungen der deutschen Zivil- oder Militärgerichte unberücksichtigt lassen wird. (Note Nr. 88 vom 26. Januar 1920.)

Das bedeutet, daß alle bereits erfolgten Aburteilungen vor deutschen Gerichten, wie z. B. der Fall Fryatt ungültig erklärt werden.

Der „unfähige" Wilson.

Paris, 17. Februar.

Dem „Echo de Paris" wird aus Washington gemeldet, die Führer der verschiedenen Parteien im Kongreß besprächen sehr ernstlich die Mittel, die man anwenden könne, um den Präsidenten für unfähig (incapable) zu erklären. Sie wollten, wenn sie ihn auf diese Weise beseitigt hätten, einen Vizepräsidenten ernennen. Jedoch glaube man, daß es augenscheinlich unmöglich wäre, so zu handeln, ohne einen gefährlichen Konflikt mit der Exekutivgewalt hervorzurufen.

Millionäre und Staatskommissar.

Die heutige Verhandlung im Erzberger-Prozeß war außergewöhnlich interessant. Sie warf einiges Licht auf die Bildung des „neuen Reichtums", der während des Krieges entstanden und seit der Revolution sich noch außerordentlich gemehrt hat. Was Herr Helfferich über den Fall Wolff erzählt hat, bietet sehr lehrreiche Aufschlüsse. Die Firma Wolff, die vor dem Kriege eine Eisenhandlungsfirma mittleren Umfangs gewesen war, ist heute zu einer gewaltigen Kapitalsmacht angewachsen, deren Besitz auf hunderte von Millionen geschätzt wird. Sie hat durch ausgedehnte Aktienkäufe sich eine außerordentlich starke Stellung in der Montanindustrie geschaffen und gehört heute zu den Mitherrschern im deutschen Eisenreich. Trotz der schönen Steuergesetze, die angeblich allen Kriegsgewinn konfiszieren sollen, verfügt diese Firma unumschränkt über ihre Millionen.

Sie ist aber nicht die einzige. In den verschiedensten Industriezweigen haben sich einzelne Kapitalisten zu außerordentlichen Reichtümern emporgeschwungen und nehmen eine ganze Industriezweige beherrschende Stellung ein.

Dieser neue aus dem Krieg hervorgegangene Reichtum gesellt sich zu dem alten, aber außerordentlich vermehrten Reichtum einzelner großer Schwerindustrieller, deren typische Vertreter Thyssen und namentlich Stinnes sind. Dieser benutzt die gegenwärtige Zeit, um mit allen Mitteln seinen Machtbereich zu erweitern, und in den verschiedensten Industrien ist heute sein Einfluß erkennbar. Man kann sagen, daß wir in Deutschland in gewissem Sinne infolge des Krieges amerikanischen Zuständen insofern entgegengehen, als sich in unserem Wirtschaftsleben neben dem bisher beherrschenden Einfluß des persönlichen Bank- und industriellen Aktienkapitals, der Einfluß einiger übermächtiger Kapitalmagnaten sehr stark bemerkbar machen wird.

Und nun kommt die politische Pointe. Der Mitinhaber der Firma Wolff, Herr Strauß, ist zugleich ein außerordentlich einflußreicher Beamter im preußischen Staatsministerium. Er ist Geheimer Regierungsrat und Chef der Nachrichtenabteilung in dem neueingerichteten Staatskommissariat für öffentliche Sicherheit, in dem alle Fäden der inneren Politik zusammenlaufen. Der Mitinhaber der Firma Wolff ist aber nicht etwa ein Beamter des alten Regimes. Er ist zu einem der obersten politischen Beamten gemacht worden von der preußischen Regierung und seine Abteilung untersteht unmittelbar dem Ministerpräsidenten Hirsch.

Der kleine Ausschnitt aus der heutigen Verhandlung des Erzberger-Prozesses beleuchtet blitzartig die Situation. Der neue Reichtum umrankt bereits die Regierung. Oben thronen wenn nicht in wolkigen, so doch in dunstigen Höhen die rechtssozialistischen Minister. Gleich darunter aber halten nicht sie, sondern Beamte die Macht in Händen und unter diesen ist Herr Othmar Strauß, Mitinhaber der Firma Otto Wolff, nicht der einflußloseste . . .

Der Verhandlungsbericht.

Zu der heutigen Verhandlung, die sich mit dem Fall Wolff beschäftigt, der bereits gestern zum Teil in nichtöffentlicher Sitzung erledigt worden ist, sind die Zeugen Freiherr v. Richthofen, der Abgeordnete Dr. Hugo, Geheimer Regierungsrat Strauß und Geheimrat Hoogen aus dem Eisenbahnministerium geladen. Gleich nach Beginn der Sitzung erteilt der Vorsitzende dem Angeklagten, Staatssekretär a. D. Helfferich das Wort, der in langer Rede den Fall Wolff beleuchtet. Er knüpft an eine Auslassung im „Berliner Tageblatt" an, das am 5. Januar schrieb, man nehme an, daß diese Firma nach und nach ein Vermögen von mehreren hundert Millionen erworben habe. Das ist auch die Meinung weiter Kreise der Industrie. Ein erheblicher Teil dieses Gewinnes entfällt auf die Zeit nach dem Abschluß des Waffenstillstandes, insbesondere in die Zeit, in der sie durch die Kriegsgewinnsteuer nicht mehr erfaßt wurde, das heißt also, in eine Zeit, in der Herr Erzberger erst Vorsitzender der Waffenstillstandskommission und dann Reichsfinanzminister war. Inhaber der Firma Otto Wolff sind die Herren Otto Wolff in Köln und Otmar Strauß in Berlin. Letzterer ist aber nicht nur aktiver Teilhaber der Firma, sondern auch aktiver, und sogar sehr aktiver Regierungsrat im Preußischen Staatsministerium, wo er dem Staatskommissar für öffentliche Sicherheit zugeteilt ist. Die Kompetenzen dieses Herrn sind außerordentlich weitreichend, reichen auf jeden Fall über das Gebiet der öffentlichen Sicherheit hinaus, auf Gebiete, die für die Geschäftsbetätigung der Firma Wolff von größter Wichtigkeit sind. Herr Otmar Strauß verdankt diese Doppelstellung seinen engen Beziehungen zu Herrn Erzberger, und die Firma Wolff verdankt ihre bevorzugte Stellung wiederum der Doppelstellung ihres Teilhabers Otmar Strauß. Ueber dieses Sachverhältnis herrscht in weiten Kreisen eine geradezu interessante Unklarheit. So schreibt zum Beispiel das „Berliner Tageblatt", es habe erfahren, daß die Firma Wolff die Erzielung dieser Riesengewinne nicht der ausgezeichneten Tüchtigkeit ihrer Inhaber, sondern auch ihren guten Beziehungen zur deutschen Regierung und zu einflußreichen Kreisen des Auslandes verdanke. Auf der anderen Seite aber ist das „Berliner Tageblatt" über diese guten Beziehungen zur deutschen Regierung so unorientiert, daß es als Inhaber der Firma den „Geheimen Kommerzienrat" Strauß nennt und keine Ahnung davon hat, daß dieser „Geheime Kommerzienrat" in Wirklichkeit Geheimer Regierungsrat ist, und daß die guten Beziehungen zur Regierung darin bestehen, daß dieser Inhaber der Firma im Zentrum der Regierung sitzt, im Preußischen Staatsministerium, und zwar in beamteter Eigenschaft.

Helfferich macht dann noch längere Ausführungen, in denen er das eigenartige Gebaren des Geheimrat Strauß bloßstellt, der als Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit seine Firma durch schrankenlose Bewilligung von Auslandspässen, Ausfuhrbewilligungen, der Genehmigung von Zahlungen aus dem Auslande, der Beschaffung an Waggons usw. alle anderen Firmen gegenüber in Vorsprung brachte. Diesen Zustand habe Erzberger nicht nur geduldet, er habe ihn sogar geschaffen.

Helfferich macht weiter darauf aufmerksam, daß die Firma Otto Wolff das Kriegsgewinnsteuergesetz in der Weise hintergehe, daß sie ihre Millionen investiert, abgesehen von ihren ausländischen Gründungen, im Ankauf von Aktien industrieller Werke in einem Umfang, der in den Kreisen unserer Eisenindustrie geradezu Sensation macht. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie Erzberger an diesen Sachen beteiligt sei, kann Helfferich allerdings keinen triftigeren Beweis geben, als: Ich nehme an, daß dies mit Wissen des Herrn Erzberger geschieht. Die Firma disponiert bei ihren großen geschäftlichen Transaktionen so, als ob sie die Stundung des Reichsfinanzministers bereits in der Tasche hätte.

Helfferich weist weiter auf den demoralisierenden und korrumpierenden Einfluß, den die Doppelstellung des Herrn Geheimrat Strauß, als Mitinhaber der Firma Wolff und als preußischer Beamter, speziell auf unsere Beamtenschaft, ausüben müsse. Er hielt auch auf die eigenartige Gastlichkeit an, die von den Herren Wolff und Strauß nicht nur den Kollegen des Herrn Strauß, sondern auch deren Vorgesetzten, bis hinauf zu den höchsten Spitzen des Staates und des Reiches, gewährt wird.

Darauf erklärt Erzberger, daß es um des Angeklagten Sache schlecht stehen müsse, wenn er mit solchen allgemeinen Verdächtigungen ohne irgendeine positive Behauptung auftrete. Er erinnert Helfferich daran, daß während des Krieges die Hamburg-Amerika-Linie im „Kaiserhof" andauernd Essen veranstaltete, an denen der Reichskanzler, Staatssekretär Helfferich und viele hohe Beamte und Offiziere teilgenommen haben. Es sei geradezu eine ungeheuerliche Verdächtigung, daß er als Reichsfinanzminister der Firma Wolff eine Stundung zugesagt haben solle. Er könne das unter seinem Eid aussagen.

Erzbergers Beziehungen zu Strauß.

Erzberger: An der Ernennung des Herrn Oskar Strauß zum Geheimen Regierungsrat bin ich vollkommen unbeteiligt. Ich habe sie nicht angeregt, auch nicht gefördert, ich habe sie erst eines Tages erfahren. Die Ernennung ging von der preußischen Regierung aus. Die Reichsregierung hatte darauf nicht den geringsten Einfluß. Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung hat für seine verantwortungsvolle Tätigkeit einen großen Stab von Beamten und unter diesen befindet sich auch Herr Strauß. Es ist dies aber eine rein preußische Angelegenheit. Die preußische Regierung würde sich jede Einmischung seitens der Reichsregierung sehr energisch verbitten. Daß Herr Strauß Teilhaber der Firma Wolff war, wußte ich auch nicht, das habe ich auch erst in dem Artikel des „Berliner Tageblatt" gelesen. Ich habe mich um diese privaten Sachen nicht gekümmert und habe auch damit nichts zu tun. Die Firma Wolff ist nicht mit einem Wunsch an mich herangetreten, ich habe mich auch nie, wie der Angeklagte behauptet, für diese Firma betätigt. Ich habe aus den Ausfuhrabgaben hohe Einnahmen erzielt. — Vorsitzender: Wie steht es nun mit den Vorkehrungen, die die Firma in der Schweiz getroffen haben soll? — Erzberger: Ich erfahre heute davon zum erstenmal. Ich bin dafür gar nicht zuständig. Das Reichswirtschaftsministerium ist dafür zuständig. Mir ist von den Einrichtungen in der Schweiz jedenfalls nichts bekannt. Mich, als Reichsfinanzminister, geht nur eine eventuelle Steuerflucht an. Wenn der Angeklagte behauptet, daß diese Transaktionen im Reiche vorgenommen worden sind, dann liegt doch keine Steuerflucht vor, dann ist das Geld im Gegenteil in Deutschland, und wird erfaßt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Firma solche Aktienankäufe vollzogen hätte. Es gibt kein deutsches Papier, das nicht der Kontrolle der Reichsfinanzverwaltung untersteht. Ich erkläre unter meinem Eide, daß ich der Firma Wolff weder mündlich noch schriftlich irgendeine Zusage gemacht habe, daß bei ihr in der Zahlung der Vermögenszuwachssteuer eine Ausnahme gemacht werden sollte. — Erzberger widerspricht energisch den Angaben Helfferichs über Gelage, an denen er mit Strauß und dem Staatskommissar v. Berger teilgenommen haben soll. Die Anschuldigungen Helfferichs, daß zum Vorteil der Firma Wolff Auslandspässe ausgestellt worden seien, entgegnet Erzberger, daß früher Auslandspässe von allen möglichen Behörden herausgegeben wurden.

Er habe als Finanzminister mit diesem System gründlich aufgeräumt. Ueber die politische Seite der Beziehungen Erzbergers zu Strauß entwickelt sich folgendes Frage- und Antwortspiel: Rechtsanwalt Dr. Alsberg: War es für die Bekannten des Herrn Erzberger nicht von großem Vorteil, von ihm direkt politische Informationen zu erhalten? — Erzberger: Ich habe mit Herrn Strauß nur insoweit über Politik gesprochen, als es sich um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung handelte.

Erzberger gibt nach einer Erörterung über Valutaspekulationen Auskunft über den Kaufmann Strauß, der ihm von Geheimrat Berger empfohlen worden war. Strauß sollte als Staatskommissar für das besetzte Gebiet nach Köln gehen, um dort die Interessen der deutschen Kaufmannschaft zu vertreten. Strauß konnte seine Tätigkeit jedoch nicht ausüben, da General Foch gegen die Tätigkeit eines Staatskommissars protestierte. — Helfferich: War es Herrn Erzberger bekannt, daß Herr Strauß der Sozius von Wolff war? — Erzberger: Jawohl.

Geheimrat Strauß als Zeuge.

Die darauf folgenden langen Erörterungen schneidet der Vorsitzende damit ab, daß er Geheimrat Strauß als Zeugen aufrufen läßt. Dieser erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, er sei Teilhaber eines sehr bedeutenden Geschäfts, das auch schon vor dem Kriege groß gewesen sei, sich im Kriege sehr ausgedehnt habe und jetzt eines der größten Unternehmen sei. Den Nebenkläger kennt der Zeuge seit November 1918, seit der Revolution. Auf alle Fragen des Vorsitzenden, ob der Zeuge in geschäftlichen Beziehungen zu Erzberger gestanden habe, oder ob er durch ihn Informationen oder sonst geschäftliche Vorteile gehabt habe, antwortet der Zeuge mit Nein. Er sei seit dem Jahre 1915 aus dem Geschäft heraus, habe zuerst Heeresdienst getan, sei dann seit 1917 in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes tätig gewesen. Von dort ist der Zeuge nach der Revolution in die Informationsstelle der Reichskanzlei versetzt worden, nach deren Auflösung er in die Nachrichtenstelle der Preußischen Staatsregierung gekommen, die unter Geheimrat v. Berger Anfang 1919 begründet wurde. Seine Ernennung habe er keinesfalls Herrn Erzberger zu verdanken. Der Zeuge wiederholt auf eine Zwischenbemerkung Helfferichs, daß Erzberger mit seiner Ernennung nichts zu tun hatte. Er erklärt, daß er mit der Ausstellung von Pässen nie etwas zu tun gehabt habe.

Als nächster Zeuge wird hierauf Herr Wolff, Mitinhaber der Firma Otto Wolff (Köln), vernommen. Er bestreitet jede finanzielle Beziehung, welcher Art sie auch immer sei, zum Reichsfinanzminister Erzberger. Seine Ernennung zum Reichskommissar für das besetzte Gebiet sei erfolgt. Er habe jedoch sein Amt nicht angetreten.

Zum Fall Strauß wird dann noch als Zeuge Geheimrat Berger, der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, vernommen. Auf die Fragen des Vorsitzenden, ob Minister Erzberger auf die Amtsernennung des Geheimrates Strauß einen Einfluß gehabt habe, oder ob eine finanzielle Beziehung Erzbergers zu Strauß bestanden habe, beantwortet der Zeuge mit nein. — Geheimrat v. Gordon: Man findet es auffällig, daß Herr Strauß seine Stellung bekleidet, während er gleichzeitig der Mitinhaber einer sehr bedeutenden Firma ist. — Zeuge: Geheimrat Strauß hat sich große Verdienste um die Abwehr der linksradikalen Bewegung erworben. — Vors.: Das interessiert uns hier nicht. — Geh. Rat v. Gordon: Halten Sie es für möglich, daß Geheimrat Strauß durch seine amtliche Stellung geschäftliche Vorteile erzielt hat? — Zeuge: Das ist in meinem Ressort gänzlich ausgeschlossen.

Damit wird der Fall Wolff abgeschlossen und in die Erörterung des Falles „Maschinenfabrik Richter" eingetreten. Hierzu macht Helfferich Ausführungen, nach denen Erzberger von den 100 000 Mark Aktienkapital der Firma allein 40 000 Mark zeichnete. Die Firma erhielt auch Aufträge aus dem Eisenbahnministerium, die auf Betreiben Erzbergers aufgegeben worden sein sollen. Die Aussagen Erzbergers und die Zeugenvernehmungen ergeben, daß Erzbergers Beteiligung an der Fabrik nicht für die Aufgabe der Bestellungen von Einfluß gewesen ist. Der Fall wurde nicht abgeschlossen und die Verhandlung vertagt.

Das Kommunalisierungsgesetz.

W.T.B. meldet: Der Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes ist fertiggestellt gewesen. Bei dem Sinken der Valuta und dem Schwanken des Geldwertes hat aber die ursprünglich geplante Form der Gewährung von Entschädigungen, die ähnlich wie beim Elektrizitätsgesetz sich auf den Wert der Unternehmungen vor dem Kriege gründen sollten, nicht mehr aufrechterhalten bleiben können, wenn man nicht große Unbilligkeiten hätte hervorrufen wollen. Es haben deshalb neue Verhandlungen über die Wertfestsetzung in die Wege geleitet werden müssen, die dem Abschluß nahe sind. Das Gesetz wird der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Ein volles Jahr ist vergangen, seitdem die Sozialisierungskommission den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes fertiggestellt hat. Die Regierung hat ihn nie veröffentlicht, aber auch ihrerseits einen eigenen Gesetzentwurf nur beteiligten Kreisen vorgelegt, aber nicht an das Parlament gelangen lassen. Alle Proteste gegen diese Verzögerung und die dadurch hervorgerufene schwere Benachteiligung der Arbeit der Gemeinden waren vergeblich. Der Grund für die Zurückhaltung des Entwurfs lag in dem Widerstand, der kapitalistische Kreise selbst diesem, hinter dem Entwurf der Sozialisierungskommission weit zurückbleibenden Entwurf entgegensetzten. Wie die vorstehende offiziöse Meldung erkennen läßt, haben nun die kapitalistischen Kreise einen vollen Sieg davongetragen; ihre während des Krieges und der Revolution erzielten Wertsteigerungen der Unternehmungen sollen voll berücksichtigt werden. Man wird deshalb gut tun, die Erwartungen auf dieses Gesetz noch mehr herabzusetzen, als man das bisher schon getan hat.

Unabhängiger Wahlerfolg in Elbing.

In Elbing fand die Wahl von 11 unbesoldeten Magistratsmitgliedern statt. Es wurden gewählt vier Angehörige bürgerlicher Parteien, ein Angestellter, ein Rechtssozialist und fünf unabhängige Sozialdemokraten. In 53 Deputationen und Kommissionen ist eine bedeutende Zahl Arbeiter, bzw. Parteigenossen hineindelegiert worden.

Unternehmerkonspirationen im besetzten Gebiet.

Nachdem der Unternehmerfeldzug gegen das Betriebsrätegesetz nicht von vollem Erfolg begleitet war, suchen sich die Unternehmer auf alle Art und Weise den Wirkungen des verhaßten Gesetzes zu entziehen. Die „P.P.N." berichten aus Mainz, daß dort in einem Vortrage über das Betriebsrätegesetz davon Mitteilung gemacht wurde, daß die Unternehmer besonders im besetzten Gebiet mit allen Mitteln gegen das Betriebsrätegesetz kämpfen. So seien 200 Unternehmer an das belgische Kommando mit dem Wunsche herangetreten, die Einführung des Betriebsrätegesetzes für das besetzte Gebiet nicht zuzulassen. Ferner wurde ein vertrauliches Rundschreiben des Unternehmerausschusses des besetzten Gebietes an die Unternehmer erwähnt, in welchem aufgefordert wird, alle etwaigen Wünsche der Arbeiter auf Erweiterung oder Ausgestaltung der bevorstehenden Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse im Sinne des Betriebsrätegesetzes zurückzuweisen. In diesem Zirkular wird auch darauf hingewiesen, daß die Besatzungsmächte die Betriebsräte verbieten.

Wer erinnert sich nicht des moralischen Entrüstungsrummels, der sich im Anschluß an die völlig unbewiesenen Behauptungen des Ministers Heine über unsere Partei ergoß. Wo bleibt die Entrüstung, wenn die Unternehmer zum Schutze ihrer engsten Profit- und Machtinteressen bei den Besatzungsbehörden die Annullierung eines deutschen Reichsgesetzes fordern? Ja, Bauer, das ist was anderes!

Der Fall Nieffel.

Der französische General Nieffel hat vor der französischen Kammer über seine Erfahrungen in Deutschland gesprochen und hat dabei der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß in Deutschland die herrschende Revanchestimmung zur Bildung eines für die Erhaltung des Friedens bedenklichen Armee führen könne. Er hat dabei besonders auf die Sicherheitswehren, Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen und sonstigen militärischen Verbände hingewiesen, hinter denen sich nach seiner Ansicht die Organisation einer geheimen Armee verbirgt. — Wir haben all' diese Dinge vorausgesehen und vorausgesagt und deshalb stets die Einrichtung dieser Organisationen bekämpft. Die deutsche Regierung hat sich aber auch nach der Beschwerdenote der Entente über die Einwohnerwehren und die Zeitfreiwilligen nicht veranlaßt gesehen, diese Verbände aufzulösen. Die Anklagen des Generals Nieffel beweisen, daß er die Lage in Deutschland mit offenen Augen betrachtet hat. Zwar ist die Revanchestimmung und ihre Propaganda heute noch die Angelegenheit einer kleinen Minderheit, wenn aber die Regierung fortfährt, diesem skrupellosen Treiben tatenlos zuzusehen, so kann niemand sagen, ob nicht mit dieser nationalistischen und chauvinistischen Verhetzung eines Tages unabsehbare Folgen heraufbeschworen werden. Es ist deshalb äußerst töricht, wenn die Regierung, die eben noch dem General Nieffel, als dem Führer der Baltikum-Mission ein so glänzendes Zeugnis über seine Loyalität und Objektivität ausstellte, jetzt plötzlich ein Jammergeschrei über seinen Deutschenhaß erhebt, nur weil er ungeschminkt die Wahrheit gesagt hat. Die deutsche Regierung wird mit diesen Beschuldigungen gegen den General im Ausland keinen Glauben finden, zumal sie ja selbst erst vor wenigen Tagen noch dem General das beste Zeugnis über seine Glaubwürdigkeit ausgestellt hat. Sie täte deshalb klüger, die Auflösung der vom General beanstandeten Verbände so schnell wie möglich durchzuführen, um auf diese Weise ihren guten Willen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Unterdrückung der Revanche-Idee zu beweisen.

Das Reichstagswahlgesetz soll in der nunmehr vom Reichsministerium des Innern geplanten Form noch in dieser Woche ins Kabinett kommen.

Gesetzentwurf über Arbeitsgerichte. Wie aus einer Antwort des Reichsarbeitsministers auf eine Anfrage des Abg. Behrens in der Nationalversammlung hervorgeht, befindet sich ein Gesetzentwurf über Arbeitsgerichte in Vorbereitung, dessen Einbringung tunlichst beschleunigt werden soll. Dieses neue Gesetz soll auch für die Landarbeiter Geltung haben, für deren Interessen die Anfrage eingetreten war; dagegen ist die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Errichtung besonderer Landarbeitergerichte für die ländliche Arbeiterschaft nach dem Vorbilde der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht beabsichtigt.

Der Generalstreikbeschluß in Solingen wurde mit 70 gegen 18 Stimmen aufgehoben. Ausständig sind noch etwa 32 000 Metallarbeiter.

Heerschau der Agrarier.

Nach fünfjähriger Pause trat gestern mittag der Bund der Landwirte wieder zu seiner altgewohnten Versammlung im Zirkus Busch zusammen. Der Zudrang war wie früher sehr stark, aber es fehlte doch der Schwung, den man früher an dieser Stätte und bei dieser Gelegenheit gewohnt war. Wenn auch die Redner des Tages in ihren Ausführungen immer noch Kampfstimmung gegen die Regierung, wenn auch dies Mal gegen eine andere, als vordem, in den Vordergrund rückten, so konnte man doch bei fast allen von ihnen eine müde Resignation erkennen. Das Anwachsen der Arbeiterbewegung, vor allen Dingen aber das Erwachen der Landarbeiter und somit das Eindringen des sozialistischen Gedankens, in die Nähe ihrer eigenen Wohnstätten, hat die Herren erschreckt und sie haben nicht mehr den festen Glauben, daß es ihnen gelingen könnte, die sozialistische „Seuche" wieder zu bannen.

Der Bundesvorsitzende, Abgeordneter Dr. Roesicke, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er einen kurzen Ueberblick über die Ereignisse der letzten fünf Jahre gab. Er wetterte dann furchtbar gegen das parlamentarische Regierungssystem, wo das Staatsoberhaupt, der Reichspräsident, nichts zu sagen habe, der Reichskanzler und die Minister aber das tun müßten, was die Mehrheit des Reichstages wolle. Diese sozialistische Mehrheit richte sich aber nach der urteilslosen Masse. Früher sei das anders gewesen. Er habe nie geglaubt, daß unser Volk so tief herabkommen könne. Mord und Diebstahl und Bestechlichkeit seien an der Tagesordnung. Die Religion werde aus den Schulen verbannt und es gäbe keine Moral mehr. Das sei die Folge einer fünfzigjährigen Verhetzung durch die rote Internationale im Bunde mit den jüdischen Preußen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nichts habe zur Zerrüttung unseres wirtschaftlichen Lebens mehr beigetragen, als die planlose Finanzwirtschaft Erzbergers. (Tosender Beifall.) Während seiner Amtsdauer sind die Schulden auf 50 Milliarden gewachsen, der Etat dauer sind die Schulden auf 50 Milliarden gewachsen, der Etat werde aber auch trotz der Fülle von Steuern nicht balancieren. Die Wucht dieser Steuern habe bis jetzt noch keinem zu fühlen bekommen, und auch die Landwirte ahnten noch nicht, was ihrer harre. Dagegen sei die Börsenspekulation zur Steuer nicht herangezogen worden, woraus wiederum der jüdische Einfluß zu ersehen sei.

Wir klagen aber nicht nur an, sondern machen auch Vorschläge. Diese können durchgeführt werden, wenn eine Regierung da ist, die Autorität besitzt. Wir wollen und können verlangen, daß die Wirtschaft freigegeben wird. (Zuruf: Wenn nicht freiwillig, dann mit Gewalt! Lauter Beifall.) Wir kennen die Not der Städter und wollen ihnen helfen, aber man muß abgehen von dem Grundsatz, daß der Landwirt liefern muß, was gebraucht wird, die Landwirte müssen das behalten können, was sie in ihrer Wirtschaft brauchen.

Die Sozialisierung sei der Tod der Landwirtschaft. Der Achtstundentag passe für die Landwirtschaft nicht, „solange der liebe Gott für sich in Anspruch nimmt, die Witterung zu bestimmen".

Der Redner kommt dann auf die Auslieferungsfrage zu sprechen, und betont, im Hinblick auf die neue Note der Entente, daß auch die Stellung der Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht eine tiefe Schmach wäre. Er zitiert dann das Zitat Erzbergers: „Erst mach' dein Sach', dann trink und lach'", und meint dazu, nach der Unterschrift Erzbergers unter den Friedensvertrag hätte dieser keine Ursache zum Lachen gehabt. Aus der Zuhörermenge tönt darauf der Ruf: Aufhängen, was mit lautem Beifall begrüßt wird. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf Kaiser Wilhelm II. worin die Menge einstimmt und stehend das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" singt.

Dann ergriff der Bundesvorsitzende, Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel, das Wort, der sich ebenfalls energisch gegen die Auslieferung „unserer Besten" wandte. „Solange noch eine Hand in der Landwirtschaft sich regen kann, möchten wir den sehen, der sie sich aus unserer Mitte herausholt. Und unsere Hände sind keine Scheidemann-Hände, die verdorren."

Herr Erzberger, so fuhr der Redner fort, hat ausgesprochen, daß das Ziel seines Steuerprogramms die Sozialisierung sei. Die Unzufriedenheit in die landwirtschaftliche Arbeiterschaft hineinzutragen, sei ein Verbrechen am deutschen Volke. Unsere Landarbeiter würden nicht daran denken, zu streiken, wenn sie nicht aufgehetzt würden. Ich habe ja schon den Vorschlag gemacht, alle bekannten Agitatoren des Landarbeiterverbandes einzusperren. Der Redner erzählt, daß derselbe Gedanke sogar von einem sozialdemokratischen Landrat in einer Versammlung in Stettin ausgedrückt worden sei.

Weiter kommt der Redner auf die bekannten Verhandlungen über die Arbeitszeit in der Landwirtschaft zu sprechen, und bemerkt, daß die Landwirte den Arbeitern schon bessere Deputate geben, was aber nicht mehr durchgeführt werden könne, wenn die Preissteigerungen für Materialien, Rohstoffe und Geräte so anhalten. Wir werden zum Tauschhandel kommen müssen, Nahrungsmittel nur gegen Kohlen, Düngemittel, Geräte usw. abliefern. Auch mit dem Auslande werden wir nur noch im Tauschhandel verkehren können.

Redner schildert dann in düsteren Farben die Lebensmittelnot. Mit der Zwangswirtschaft können wir das deutsche Volk nicht ernähren. Der Landwirt braucht die Freiheit und will die Freiheit. (Tosender Beifall.) Wenn es so weiter geht, werden die Massen durch den Hunger gezwungen, auf das Land zu gehen und sich holen, was sie brauchen. Auf dem zur Zeit tagenden Städtetag haben wir den Vertretern der Städte den Vorschlag gemacht, Einrichtungen zu schaffen, um die Nahrungsmittel direkt vom Lande zu beziehen. Wir wollen Lieferungsverträge abschließen mit den Städten. (Zuruf: Aber ohne Mithilfe der Regierung.)

Der Redner bedauert dann die Neugründung vieler landwirtschaftlicher Organisationen, die alle etwas anderes wollen. Was den Landwirten not tue, das sei Einigkeit. (Tosender Beifall.)

Steiger (Vorsitzender des deutschen Landbundes), tritt auch für die Einigkeit ein und wendet sich ebenfalls gegen die Zwangswirtschaft. „Warum haben wir keine Zwangsarbeit! ruft der Redner aus und erntet dafür von den Zuhörern lauten Beifall.) Bezeichnend ist es für die Denkweise der Agrarier, daß der Redner es beklagte, daß sich Männer aus der Landwirtschaft gefunden haben, die der jetzigen Regierung beitreten. (Laute Zurufe: Pfui, Namen nennen.) Der Redner weist auf Mecklenburg hin, wo der frühere Abgeordnete Wendorf das Landwirtschaftsministerium inne hat. Der Redner wendet sich dann gegen die viele Gesetzesmacherei in den Parlamenten und schließt: „Wir brauchen keine Quatschbuden, sondern Berufsstände, aber nicht derartige wie sie uns jetzt in der Form des Reichswirtschaftsrats vorgesetzt werden.

Darauf erstattet der Direktor des Bundes, Regierungsrat Dr. von Volkmann den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß sich die Bundesleitung hauptsächlich mit der Vorbereitung für die kommenden Reichstagswahlen beschäftigt habe und auf der Suche nach geeigneten Kandidaten war. Dieser Redner würzte seine Rede mit einer Reihe teils guter, teils schlechter Witze und schien damit sein Bestreben zu bekunden, sich die Rolle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Oertel anzueignen. Die Mitglieder der jetzigen Regierung nannte er Kleber und Schieber, die ihrer Natur nach sich nicht anders bewegen können. Die jetzigen Minister, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben, brächten mit ihren Maßnahmen nur Verwirrung in das wirtschaftliche Leben. Ferner wandte sich der Redner auch gegen das Betriebsrätegesetz, und unter Anführung eines Artikels aus der „Börsenzeitung" in dem die Bergarbeiter als eine neue herrschende Klasse bezeichnet werden, schließt der Redner mit der Bemerkung, daß die Landwirte für sich in Anspruch nehmen können, daß sie notwendiger seien als die Bergarbeiter.

Der geschäftliche Teil der Tagung, zu dem verschiedene Anträge vorlagen, wurde im Handumdrehen erledigt. Die Anträge wurden ohne Widerspruch angenommen. Es folgten dann mehrere Ansprachen von Vertretern befreundeter Organisationen und von landwirtschaftlichen Parlamentariern. Bemerkenswert davon sind die Ausführungen des Pommerschen Rittergutsbesitzers Jandrey, der den Geist von Potsdam zurückwünscht und die Versammelten unter lautem Beifall aufforderte, ihre Kinder in diesem Geiste zu erziehen. Schmerzlich berührt hat diesen Redner die Beseitigung der alten Reichsflagge. Nicht einmal die französische Revolution habe derartiges getan, bemerkte der Redner und bewies damit seine vorzüglichen geschichtlichen Kenntnisse.

Unter Umstellung der vorgesehenen Rednerliste kam dann Herr von Oldenburg-Januschau zum Wort. Er ist immer noch das Paradepferd des Bundestages, und die Zuhörer, die durch das ewige Sinerlei der vorhergehenden Redner schon in eine müde Stimmung gerateten waren, verlangten stürmisch, ihn endlich zu hören. Der Gefallen wurde ihnen getan und Herr von Oldenburg bekam den Vortritt vor zwei anderen Rednern. Aber er schien seine Freunde enttäuscht zu haben, denn es war nicht mehr die alte Frische, mit der er sprach, sondern die Greisenhaftigkeit hat auch ihn schon sichtlich ergriffen. „Daß der Armee der Dolch in den Rücken gestoßen wurde," so hub er an, „sei die Folge eines dreißigjährigen Nachgebens gegenüber den Parlamenten. Wir haben die Freiheit, die wir unter dem Kaiser hatten, nicht verdient. Der Abgeordnete Spahn habe auf dem Zentrums-Parteitag gesagt, jede Partei könne irren, auch das Zentrum. Das Zentrum irre aber zu oft, weil es sich immer nach der Kirche richte. Das ist eine Anmaßung, die sich zurückweise. Zur Zwangswirtschaft übergehend, bemerkte der Redner, diese habe erst die Schweine, dann die Kartoffeln und zuletzt die ganze Landwirtschaft ruiniert. Wenn die Gedanken des Bundes der Landwirte maßgebend gewesen wären, dann stände es besser um unser Land.

Auch Herr von Oldenburg wandte sich dann der Auslieferungsfrage zu. Die Regierung habe wohl die Macht gehabt, den Frieden zu unterzeichnen, aber die Macht, die Proskribierten auszuliefern, habe sie nicht. Die Regierung werde in den nächsten Wochen und Monaten noch ihr blaues Wunder erleben. Es sei eine Lüge, daß wir den Krieg herausgefordert haben. Die Geschichte lasse sich nicht fälschen. Das Kaisertum werde wieder aufgerichtet werden. (Donnernder Beifall.)

Es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Durch die falsche Ernährungspolitik der letzten Jahre und eine verständnislose Gesetzgebung der heutigen Regierung gegenüber der Landwirtschaft ist es der unter der Kriegswirtschaft leidenden Landwirtschaft unmöglich, alles zu leisten, was zur Ernährung des Volkes notwendig ist. Und doch sind wir jetzt mehr denn je auf die Erzeugung der Landwirtschaft angewiesen. In berechtigtem Interesse der Volksernährung fordern wir:

Freie Beweglichkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben;

Ausgleichung der Erzeugerpreise an die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse;

Reichliche Versorgung mit Kunstdüngern und allen anderen notwendigen Bedarfsartikeln;

Aenderung der vorläufigen Landarbeitsordnung: Sicherung der nach den Verhältnissen der einzelnen Landesteile notwendigen Arbeitszeit, Schutz gegen Vertragsbruch.

Dann heißt es ferner: Wir stehen vor unerträglichen Zuständen. Recht und Sicherheit der Person und des Eigentums schwindet immer mehr im Lande. Durch Zwang und Gewalttätigkeiten suchen radikalsozialistische und kommunistische Elemente immer von Neuem dem Umsturz zu vollenden. Von Außen drohen uns neue Bedrückung, Haß und Vernichtungswille. Die Regierung ist ohnmächtig und nicht fähig die Lage im Innern zu meistern, so lange sie nach Parteischablone und Parteirücksichten regiert. Nach Außen erwirbt sie nur Mißachtung durch den Mangel an Klarheit und Festigkeit in ihrem Auftreten. Die heutige Zusammensetzung der Nationalversammlung entspricht nicht mehr dem Willen der Mehrheit der Wähler. Die heutige Regierung kann sich heute nicht mehr auf den Willen der Mehrheit stützen. Wir fordern Neuwahlen.

Die Entschließung schließt mit den Worten: Die deutschen Landwirte werden mit aller Kraft daran arbeiten, ihre Pflicht zu erfüllen. Möge das ein Beispiel sein für alle anderen Schichten im Volke ihnen nachzueifern."

Mit Dankesworten an die Versammlung und einem Hoch auf den Bund der Landwirte schloß der Vorsitzende, Dr. Roesicke, gegen 4½ Uhr nachmittags die Tagung.

Eröffnung der ungarischen Nationalversammlung. Am Dienstag wurde die ungarische Nationalversammlung mit einer Rede des Ministerpräsidenten Huszar eröffnet, der die unter dem unerhörtesten Terror zustande gekommene Nationalversammlung als die auf „gesunder und moralischer Grundlage fußende Demokratie" bezeichnete.

Polen und Sowjetrußland. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, hat die polnische Regierung der lettischen mitgeteilt, daß Polen wahrscheinlich in der nächsten Woche die Friedensverhandlungen mit Rußland beginnen werde.

Die französische Regierung gegen die Sozialisten. Der Minister des Innern hat den sozialistischen Bürgermeister von Brest wegen der Unterzeichnung einer patriotischen Kundgebung der Kriegsinvaliden, die einige Zwischenfälle verursachte, abberufen. Auch der Vizebürgermeister der Stadt soll ersetzt werden.

Generalversammlung des Landarbeiter-Verbandes.

Zweiter Verhandlungstag, Berlin, 17. Februar

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Tarifverträge und Arbeitszeit.

Löhrke-Berlin (fortfahrend): Den Landbünden ist die Teilnahme an den Tarifverhandlungen zu verweigern, weil sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Reihen vereinigen. Der Abschluß eines Tarifvertrages bedeutet für die Organisation keine Schwäche, denn schwach fundierte Organisationen schließen keine Verträge ab. In verschiedenen Landesteilen wurden Arbeitsgemeinschaften eingegangen. In Sachsen und Anhalt sind sie am besten ausgebaut. Mit der Unterbringung von Bestimmungen in die Tarife, die Maßnahmen androhen gegen Tarifbrüche, ist der Vorstand nicht einverstanden. Tarifverträge sollen nicht einen künstlichen Paragraphenaufbau darstellen, sondern so klar wie möglich müssen in den Tarifen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dargelegt werden. Der Barlohn wurde in der Landwirtschaft früher recht stiefmütterlich behandelt. Es gibt Arbeiter, die ihr Heil lediglich im Barlohn sehen. Beide Lohnarten bedürfen der Beachtung. In den Deputaten steckt heute ein höherer Wert. Für den verheirateten Landarbeiter ist die Wohnungsfrage eine der wichtigsten Fragen. Mit Hilfe des Staates und der Siedelungen könnten sie gelöst werden. In der Wohnungsfrage müssen die Arbeiter von den Unternehmern freigemacht werden. Die zur Verfügung gestellten Wohnungen müssen menschenwürdig sein. Durch ein angemessenes Körnerdeputat muß die Kleinviehhaltung den Arbeiter ermöglicht werden, schon im Interesse der Schweinemast, zur Hebung der Fettversorgung. Die Organisation habe Schritte zu unternehmen, damit die Landarbeiter höhere Deputate erhalten, die die Selbsterzeugerration übersteigen, ohne daß gegen die Gesetze verstoßen wird. Der Ansturm der Landwirte zur Freigabe der Deputate ist jedoch nichts anderes, als daß sie die Arbeiter vor ihren Wagen spannen möchten. Zur Erreichung ihres Endzieles: der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Deputate sind in den Tarifen in ihrer Menge und zu den jeweilig geltenden Höchstpreisen festzulegen. Freigegebene Produkte müssen in tariflich festgelegten Quanten an die Arbeiter gegen Entschädigung abgegeben werden. Genau im Tarif festzulegen sind auch die Zuschläge für Sonntags- und Ueberstundenarbeit. Das Hofgängersystem ist abzulehnen. Für die Saisonarbeiter sind Entschädigungssätze festzulegen, damit sie nicht als Lohndrücker auftreten können. Die Akkordarbeit ist in der Landwirtschaft nicht abzuschaffen.

Daß die Landbünde in Pommern so unangenehm auftreten können, ist darauf zurückzuführen, daß sich immer noch Arbeiter von diesen Bünden einfangen lassen. Durch Aufklärung der Arbeiter werden auch die Landbünde überwunden werden.

Daß von Arbeitnehmern Tarifverträge gebrochen wurden, um gewaltsam Lohnerhöhungen durchzusetzen, ohne daß vorher alle friedlichen Mittel erschöpft waren, ist zu verurteilen und wurde vom Vorstande scharf gerügt. Das Ansehen der Organisation ist von jedem Mitgliede hochzuhalten.

Im ganzen sind etwa 800 Tarife abgeschlossen worden. Die durchgesetzten Löhne reichen nicht aus zur Deckung der Bedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familien. Am schwersten trifft die Landarbeiter die Beschaffung von Kleidung und Gebrauchsgegenständen. Im kommenden Herbste wird eine unerträgliche Notlage festgestellt werden müssen. Durch die Preisregulierung erhalten die Landwirte die Möglichkeit, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen.

Den meisten Staub bei den Landwirten wirbelt die Arbeitszeit auf. Die vorläufige Landarbeitordnung, ein Notgesetz, legt 2900 Arbeitsstunden fest, für 4 Monate 8 Stunden, für 4 Monate 10 Stunden und für 4 Monate 11 Stunden täglich. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft fordert in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium 3075 Arbeitsstunden. Ueberstunden sollen vergütet werden, jedoch nicht bei Gesindepersonen. Unter dem Vorwande, daß es im Interesse der Volkswirtschaft liege, will also der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft eine längere Arbeitszeit einführen. Dagegen müsse man sich wenden. Andererseits soll man aber auch von einem Achtstundentag in der Landwirtschaft gar nicht reden. (Hört, hört!) Das ist eine Phrase. Die Arbeitszeit ist so zu regeln, wie sie die Landwirtschaft braucht. Wo und wenn es notwendig ist, sind die Landarbeiter bereit, im Interesse der Volksernährung, Ueberstunden zu machen, wenn sie bezahlt werden. (Lebhafter Beifall!) Damit können sich die Arbeitgeber zufrieden geben. Wo in den Betrieben eine vernünftige Leitung und wo gut arbeitende Arbeiter-Ausschüsse vorhanden sind, lassen sich alle Streitfragen spielend erledigen. Wir Landarbeiter wollen dem Arbeitgeber die nötige Arbeitszeit und Ueberstunden geben, nicht im Interesse seines Profites, sondern im Interesse der Volksernährung.

Das Zurückhalten von Lebensmitteln in einigen Kreisen geschieht in der bewußten Absicht, die Regierung an der Ernährungsfrage scheitern zu lassen. Die Landarbeiter müssen für die Ruhe und das jetzige Regierungssystem eintreten, denn mit diesem Regierungssystem fällt und steht auch die Stellung des Landarbeiters.

Für die Forstarbeiter und andere Berufsgruppen behandelt im besonderen diese Materie

Bernier-Berlin: Die Forstarbeiter waren von jeher schwer für die Organisation zu gewinnen, sie erwarten das Heil von den Parlamenten. Heute ist es anders geworden. Bisher arbeiteten die Forstarbeiter tatsächlich unter Kriegsartikel ähnlichen Arbeitsordnungen. Bisher wurden 501 Tarifverträge abgeschlossen. Die Akkordarbeit kann in der Forstwirtschaft nicht abgeschafft werden. Durch sie könnten sich die Arbeiter viel freier bewegen. Die Landarbeiter vertreten ja denselben Standpunkt. In fast allen Betrieben ist der Achtstundentag eingeführt. Die Forstarbeiter lassen ihn sich auch nicht nehmen.

Aus den Tarifverträgen muß die Formel „wetterfeste Männer" verschwinden. Entschädigungen, für wegen schlechter Witterung nicht geleistete Arbeit, ist anzustreben. Die Kosten für die Werkzeuge Axten heute nicht mehr von den Arbeitern aufgebracht werden. 3 bis 6 Tage Urlaub wurden verschiedentlich durch tarifliche Bestimmung abgestanden.

Es ist notwendig, daß in allernächster Zeit an die Verstaatlichung der Forsten herangegangen wird. (Sehr richtig!) Der Privatbesitz verkauft die Forsten und läßt sie abholzen, ohne auf die Interessen der Gemeinden Rücksicht zu nehmen.

Für den weiteren Ausbau des Betriebsrätegesetzes ist ebenfalls einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion tritt Lübke-Hannover für örtliche Tarifabschlüsse ein. Die Landbünde sind zu bekämpfen. Es sei unverständlich, daß sich so viel Arbeiter finden, die sich den Landbünden anschließen. Wenn der Arbeiter weiß, daß der Landwirt ohne ihn nicht auskommen kann, dann wäre er für seine Klasse gewonnen und gute Abmachungen könnten abgeschlossen werden. Durch hohe Deputate werden die Arbeiter eingefangen. Der Arbeiter wird dadurch das Werkzeug dafür, daß mehr Ware in den Schleichhandel kommt. Der Redner fordert Gemeindepachtland für die Arbeiter. Ohne die Arbeiter wäre die Agrarfrage nicht zu lösen.

Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Zum 1. Male 7½ Uhr:
Gyges und sein Ring

Opernhaus
7 Uhr:
Der Waffenschmied

Schauspielhaus
Friedrich der Große
(I. Teil)
6 Uhr: Der Kronprinz.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Jaakobs Traum

Kammerspiele
8 Uhr: Der Unmensch.

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Hamlet
(9. Abteilung, II. Abend.)

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 U: Schloß Wetterstein
Don.: Schloß Wetterstein
Frt.: Schloß Wetterstein
Sonnabend: Zum 1. Male:
König Nicolo
oder So ist das Leben.
Schausp. von Frank Wedekind
(Ludwig Hartau, Alice Verden a. G. vom Staatsth. i. Dresden, Ernst Dernburg, Frieda Richard, Robert Scholz, Paul Rehkopf, Felix Rossert, Hellmuth Bathe, Otto Schiller, Rudolf Jünger)

Komödienhaus
8 Uhr: „Sie"

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer
(Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Wassmann usw.)

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
7½ Uhr: Pygmalion
Donerst. 7½: Pygmalion
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Marquise von Arcis
(Konstantin, Servaes, Straßmann-Witt, Veidt)

Residenz-Theater
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkäppchen
Täglich 7½ Uhr: Evchen Humbrecht
Sonnab. 4 Uhr: Max u. Moritz
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf

Trianon-Theater
Nachm. 4 Uhr kleine Preise:
Max und Moritz
Täglich 7½ Uhr: FEMINA
Sonnab. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr
— Letzter Monat! —
Seit November aufgeführt:
Schniepels Lene
Der Schlager aller Possen.
Neue Februar-Spezialitäten!
Sonntag 3½: Die Wunderkur.

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die kleine Hoheit

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Csardasfürstin.

Rose-Theater
7½ Uhr: Seine zweite Frau.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté-Programm!

Wintergarten.
Täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14614.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Steiner Sänger.
Blüthzen-Band
Vorv. 11–1½ u. 4–6 U.

Circus Busch
Heute Mittw. 7½ Uhr.
D. gr. Februar-Progr.!
Geschw. Chevriot
Drahtseilkünstler.
3 Urbanis Kraftturner 3
Amateurreiten
100,— M. erhält, wer 3 mal stehend die Manege umreitet.
Sowie die übrig. Nummern
9 U. Feuertanz 9 U.
in „Aphrodite"

Wir färben
gut! reell! billig! schnell!
In 3–5 Tagen
Radtke-Grundmann, Berlin S. 14
Dresdener Straße 34-35. Luisenhof
Moritzpl. 7328

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin, Sebastianstraße 37/38.

Achtung! **Herren-, Knaben-Gummimäntel-Konfektion,** Achtung!
Zuschneider- und Zuschneiderinnen!
Am Mittwoch, den 18. Februar 1920, abends 6 Uhr bei Wollschläger, Landsberger Straße 89

Vertrauensmänner-Versammlung.
Jedes Geschäft muß vertreten sein, keiner darf fehlen!

Achtung! **Bügler der Knaben-Konfektion!** Achtung!
Am Donnerstag, den 19. Februar 1920, abends 5 Uhr bei Ziegler, Wollenmarkt 7/8

Versammlung.
Wir erwarten bestimmt, daß an dieser wichtigen Versammlung jeder teilnimmt.
Die Kommission.

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin

Donnerstag, den 19. Februar 1920, abends 6½ Uhr im Englischen Hof, Alexanderstraße 2a.
Kombinierte Sitzung
der erweiterten Ortsverwaltung der Vertrauensleute der Maler, aller Gruppen der Vertrauensleute der Lackierer.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung, muß jede Werkstatt vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! **Bauanschläger.** Achtung!
Durch Verhandlung mit den Arbeitgebern am 16. Februar 1920 wurde folgendes vereinbart:
Der Stundenlohn beträgt 3,50 Mk. Die tariflichen Akkordsätze werden um 250 % erhöht.
Als Teuerungszulage wird ab 2. Januar 1920 zu den Stundenlöhnen und Akkordverdiensten
ein Zuschlag von 12 % gezahlt.
Beschwerden über Nichtbezahlung obiger Sätze ersuchen wir, uns umgehend mitzuteilen.
Die Ortsverwaltung.

Gardinen
Herzig, Dresdener Straße 124!
Hochbahnstation Kottbuser Tor
offeriert abgepaßte Schalgardinen das Fenster für 26 Mk., Künstlergarnituren (dreiteilig), guter weicher Tüll von 50 bis 75 Mark und darüber. Ein Besuch ist lohnend.

An Alle!!!
Kupferleitungen, Dynamodrähte, Spulendraht, Kupferlitzen, Isolierrohr, **Elektromotoren**
sowie sämtliche
Installationsmaterialien
kauft zu höchsten Tagespreisen
A. Meigners, Alexanderstr. 30.
Telefon: Alexander 2174

Schönes und reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
C. Weissert, Invalidenstrasse 147 I, Ecke Bergstrasse
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen.
Sprechstunden: 10–12 u. 4–8, Sonntags 10–1. Auskunft kostenlos

---

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10621.

MÖBEL
gegen Bar und Teilzahlung
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke
Grösste Rücksicht! Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
M. Landwehr Müllerstr. 7, I. dicht am Weddingplatz.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Die 5. und 6. Auflage des
Gesetzes über Betriebsräte
erläutert von S. Aufhäuser
mit Wahlordnung und Anhang
Preis 4.— Mark
ist durch Vorausbestellungen bereits vergriffen.
Die 7. und 8. Auflage befindet sich im Druck.
Bestellungen sofort erbeten.
Buchhandlung „Freiheit"
BERLIN C 2
Breite Straße 8–9

Alte Zahngebisse
pro Zahn 13.—, 15.—
Platin, Brennspitzen, Kontakte, Tiegel usw.
Goldbruch + Silberbruch
kauft zu höchsten Tagespreisen
A. Unger
Alte Schönhauser Str. 14-15, Uhren-Laden

„Plasigo-Ankauf"
zahlt horrende Preise für
Platin, Silberbruch, Goldbruch
— Lutherstraße 21. —

Tausende heilten ohne Berufsstörung bestehende chronische Geschlechts-, Haut-, Harn- und Unterleibsleiden, wo auch andere versagte
Natura-Institut. Ärztliche Leitung.
Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).
Sprechstunde 10–1, 4–8 Sonntags 11–1.
Kostenlose ärztliche Beratung, auch schriftl. Auskunft.
Verlangen Sie Dr. med. Ludwigs Broschüre über giftfreie Syphilisbehandlung für 1,60 Mk. in verschlossenem Umschlage vom Verlag A. Kämpfer, Berlin S. F. Planufer 24a.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin-Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark. Goldbruch und Silberbruch! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln! Schriftblei. Glühstrumpfasche M. 100,— alle Metalle höchstzahlend
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 — Alex. 4243. —

KUPFER
21.00 Mark
MESSING
12.00 Mark
und andere Metalle sowie alte Gebisse kauft
Gottheim, Mariannenstr. 12.

Platin höchsten Preis
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 14,00 M.
kauft **Linke** Blücherstraße 40
Port. 2, II. 9–7 Uhr.

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße
Sprechst. 12–2, 4½–10 Uhr abends. Sonntags 11–1 Uhr
Spezialarzt f. Haut u. Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschl. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

Botenfrauen stellt ein:
Spedition: **Döring,** W 57, Steinmetzstraße 23
- **Stimming,** Lichtenberg, Oderstr. 4 part.
- **Götze,** NO 55, Treskowstraße 23
- **Tornseifer,** Lübecker Straße 11
- **Wutzky,** Johannisstraße 9
- **Charlottenburg,** Wallstraße 68
- **Wengels,** Cadiner Straße 11.
- **Hecht,** Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 126
- **Hackbarth,** Michaelkirchplatz 2.
- **Krüger,** Neukölln, Emser Str. 32.
- **Lohmann,** Hussitenstr. 43.
- **Zacher,** An der Fischerbrücke 2.
- **Schindler,** Neukölln, Neckarstraße 3
- **Werner,** Greifswalder Straße 20
- **Senne,** Stralau, Laskerstraße 3
- **Nessler,** Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34.
- **Schaefer,** Gneisenaustraße 70.
- **Lode,** Markusstraße 28.
- **Franke,** Malplaquetstraße 13.
- **Spickermann,** Pankow, Mühlenstr. 20.
- **Sinner,** Skalitzer Str. 101.
- **Wendt,** Schöneberg, Gotenstraße 43.
- **Lenke,** Alte Jakobstrasse 4a.
- **Waldmannslust,** Platanenstr. 12 IV.
- **Röhle,** Wildau, Schwartzkopffstr. 37.

Möbel
liefert
gegen bar
und auf
Teilzahlung
der Jetztzeit entsprechend
sehr preiswert:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Farbige Küchen
Einzelne Möbel
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Liefere auch n. auswärts
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Photoapparate Ankauf Tausch Verkauf
Photo-Steckelmann.
W. 9, Potsdamer Str. 135

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-Abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11 (am Rosenthaler Platz)
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz)
6. Weidenweg 72 am Baltenplatz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:

Der Schlosser
Artur Lommatzsch,
Bornemannstraße 13, am 14. d. M. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause nach dem Alten Paulus-Kirchhof, Seestraße, aus statt.

Der Dreher
Alfred Tithel,
Wrangelstraße 106. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Der Schweißer
Karl Eichhorst,
Swinemünder Str. 121, am 13. d. M. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zionskirchhofes in Norden aus statt.

Die Beerdigung des Kollegen
Franz Zoffka,
findet um 2 Uhr, vom Krankenhaus Moabit aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind:

Die Arbeiterin
Marta Hanff,
Liebenwalder Str. 56, am 18. Januar

Die Arbeiterin
Lina Schattneider,
Rudolfplatz 2a, am 5. d. M.

Der Schlosser
Otto Seidlitz,
Huttenstraße 2, am 5. d. M.

Der Dreher
Artur Schatz,
Lichtenberg, Siegfriedstraße 1a, am 8. d. M.

Die Arbeiterin
Marta Olberg,
Forster Str. 7, am 11. d. M.

Der Monteur
Otto Morscheck,
Neukölln, Teupitzer Str. 98, am 12. d. M.

Der Schlosser
Emil Bartel,
Elisabethstraße 12b, am 12. d. M.

Der Metallarbeiter
Karl Schoppenhauer,
Marheinickeplatz 13, am 13. d. M.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verein d. Stereotypeure und Galvanoplastiker
Berlins und Umgegend.
Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege
Herrmann Schmid
nach schwerem Leiden am 13. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **heute** Mittwoch, den 18. Feb., mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes, Neukölln, Hermannstraße aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Distr. 7, Abt. 8, Bez. 319.
Den Genossen zur Nachricht, daß unsere Genossin
Anna Tschirschky
am 15. Febr. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Febr., nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof in Ahrensfelde statt.
Abfahrt der Züge 1.50 und 2.06 Mittags.
Um rege Beteiligung bittet
die Distriktsleitung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau sage allen meinen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Emil Backhaus
und Tochter Gerda

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager, der Gürtler
Max Franck
Neukölln, Allerstr. 45, geb. 15. 8. 1867, gest. 16. 2. 1920 nach kurzem, schwerem Leiden im Krankenhaus Buckow verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Febr. 1 Uhr 30, Mariendorfer Weg, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Ww. Aug. Franck
und Kinder.

Innigsten Dank
allen Freunden, Verwandten, den Kollegen der Fa. Scharr Nachf., dem Dachdecker-Verb. und dem Wahlverein der U. S. P. für die zahlreichen Kranzspenden u. Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes. Ww. Anna Krahe u. Kinder. Urbanstr.

S
A. V. B.
Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgr. Berlin III. Abt.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Sportsgenosse
Anton Bader
im Alter von 19 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 18. Februar 1920, nachm. 3½ Uhr, v. der Leichenhalle des Matthiaskirchhofs, Südende-Mariendorf, Schöneberger Str. 146, statt.
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspende bei der Beerdigung meines Mannes sagen wir allen Kollegen der Firma Jachmann besten Dank. Besonders herzl. Dank dem Gesangverein und Redner Herrn Hagemann.
Reinickendorf, 18. 2. 20.
Frau Marie Herfert
nebst Kinder

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Bestattung unseres heißgeliebten Sohnes **Werner** sprechen wir hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Freien Sozialistischen Jugend, den Freien Schwimmern, der Freien Turnerschaft Charlottenburg, insbesondere Herrn Stimming für die tröstenden Worte unseren herzlichsten Dank aus.
Karl Arndt und Frau.
Charlbg., Friedr.-Carl-Platz

Kupfer	per kg.	22,—
Messing		12,50
Rotguß		18,—
Blei		8,—
Zink		6,—
Reinzinn		50,—
Quecksilber		130,—

Metalleinkauf
Schulzendorfer Str. 2.

Leitungsdrähte
Litzen, Dynamodrähte, Stegleitungsdrähte, Isolierrohr, Metalldrahtlampen, sowie sämtliche Installationsmaterialien und Elektromotoren, kauft auch defekte
Wachholz
Elektr. Installationsgeschäft, Weissensee, Langhansstr. Weissensee 358

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Berliner Klavierarbeiter.

Die seit vier Wochen im Streik stehenden Klavierarbeiter hielten gestern in Kliems Festsälen eine starkbesuchte Streikversammlung ab. Dorn gab den Bericht der Streikleitung. Er gab bekannt, daß die Unternehmer in einem Antwortschreiben mitgeteilt haben, daß sie nicht gewillt sind, die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen anzuerkennen.

Die Klavierarbeiter hatten bisher mit den Arbeitgebern einen Vertrag nach freier Vereinbarung, während die Unternehmer jetzt auf den Schiedsspruch des Reichstarifvertrages für die Holzindustrie zurückgreifen wollen. Die darin festgesetzten Lohnsätze sind zum Teil niedriger als die bereits in der Klavierindustrie gezahlten Löhne. Würden die Arbeiter auf den Vorschlag der Unternehmer eingehen, bedeute dies keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung ihrer jetzigen Lage.

Die Forderungen der Arbeiter sind den heutigen Zeitverhältnissen durchaus entsprechend. Die geforderten Löhne bewegen sich zwischen 3 Mk. pro Stunde für Hilfsarbeiterinnen und 4,50 Mark pro Stunde Höchstverdienst für Facharbeiter. Die Bewilligung dieser Forderungen würde eine Erhöhung um das Siebenfache der im Frieden gezahlten Löhne bedeuten, während die Verkaufspreise der Flügel und Piano um das Fünfzehn- bis Sechzehnfache, bei einzelnen Fabrikaten sogar um das Fünfundzwanzigfache der Friedensverkaufspreise gestiegen sind.

In der Diskussion brachten mehrere Redner zum Ausdruck, daß sich die Unternehmer von der Voraussetzung leiten lassen, die Einigkeit der Arbeiter würde durch die lange Dauer des Streiks gelöst und ihr Widerstand gebrochen werden. Daß die Unternehmer sich darin täuschen, bewiesen die Streikenden durch einstimmige Annahme der nachfolgenden Resolution:

„Die am 17. Februar in Kliems Festsälen tagende Versammlung der streikenden Klavierarbeiter nimmt mit Entrüstung von dem Antwortschreiben der Arbeitgeber auf ihre Forderungen Kenntnis. Sie erklären, daß sie die darin enthaltenen Zumutungen mit allem Nachdruck zurückweisen. Die Verhandlungskommission wird beauftragt, nur auf der Grundlage der gestellten Forderungen zu verhandeln.“

An der Bewegung sind zirka 2600 Berliner Klavierarbeiter beteiligt, denen sich auch die Berliner Musikinstrumentenmacher angeschlossen haben.

Stukkateur- und Gipsbranche.

In der am Dienstag stattgefundenen Versammlung der Sektion der Stukkateur- und Gipsbranche der Bauarbeiter wurde vor Eintritt in die Tagesordnung nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Revers beim Arbeitsnachweis, den die Arbeitgeber verschiedentlich den Mitgliedern vorlegen, nicht unterzeichnet werden soll. Der Entwurf eines neuen Arbeitsnachweises-Reglement wurde ohne Aussprache gut geheißen.

Wegen der schlechten Konjunktur und der herrschenden Arbeitslosigkeit schlug der Sektionsleiter vor, daß die Akkordpositionen aus dem neuen Tarife bleiben soll. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Betr. der im neuen Tarife aufzustellenden Lohnsätze wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Lohnsatz wird am 1. April 1920 der Kaufkraft der Mark im Inland, entsprechend dem Lohn vom 1. August 1914, festgesetzt. Eine Neuregelung hat von Monat zu Monat zu geschehen.“ Für die Lehrlinge wird eine dreijährige Lehrzeit gefordert. Die Entschädigung schwankt zwischen 25 und 75 Prozent des tarifmäßigen Gehilfenlohns. Zu Ueberstunden dürfen Lehrlinge nicht herangezogen werden. Die Ferienfrage löste eine lebhafte Diskussion aus. Ferien sollen unbedingt durchgesetzt werden.

Auf Grund der zentralen Verhandlungen beträgt der Stundenlohn seit 14. d. Mts. 4,05 Mk.

Die Baudeputierten werden aufgefordert, auf dem Bureau Listen abzuholen, zur Feststellung der auf den einzelnen Baustellen beschäftigten Mitglieder.

Zusammenschluß der Papierindustrie.

Die Arbeiter- und Betriebsräte sowie Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse der Papierindustrie hielten am Montag in den Berliner Konzerthallen eine allgemeine Funktionärversammlung ab. Der Referent Stolt ging ausführlich auf die durch das Betriebsrätegesetz geschaffene Lage ein und ermahnte am Schlusse seiner gut aufgebauten Rede die Funktionäre, für ein gutes Zusammenwirken der einzelnen Branchen innerhalb der Papierindustrie Sorge zu tragen.

Anschließend daran wurden die Mitglieder der bereits bestehenden Ausschüsse teils wiedergewählt, teils wurden die Ausschüsse durch Neuwahlen ergänzt. Die Ergänzungswahlen wurden vorgenommen, um allen Branchen ihrer Stärke entsprechend Vertretersitze in den Unterausschüssen zu gewähren. Die Vertreter der Buchdruckerbranche gaben der Befürchtung Ausdruck, daß ihre Branchenkollegen sich nicht restlos der Industriegruppe anschließen werden, doch wollten auch sie alles daran setzen, ihre Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen.

Vom Hauptausschuß wurde darauf hingewiesen, daß die Funktionäre verpflichtet seien, sich rechtzeitig mit den ausgegebenen Marken zu versehen. Wann und wo diese Marken abzuholen sind, wird noch bekanntgegeben.

Achtung! Achtung!

Funktionäre der Nahrungs- u. Genußmittelindustrie!

Arbeiter-Betriebsräte!

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse!

Donnerstag, den 19. Februar 1920, abends 6½ Uhr, in den „Borussia-Sälen“, Ackerstraße 6-7

Allgemeine Funktionär-Versammlung

der Nahrungs- und Genußmittelindustrie:

Bäckerei, Konditorei, Zuckerverarbeitung, Nahrungsmittel, Fleischverarbeitung, Milch, Butter, Käsefabrikation, Brauereien und Mühlenfabrikate, Tabakverarbeitung, Hotel-, Restaurations- und Kaffeehausbetrieb.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle obengenannten Vertretungen erscheinen müssen.

Arbeiter und Angestellte! Es ist Eure Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder Betrieb vertreten ist!

Zentrale der Betriebsräte
Bezirk Groß-Berlin, Münzstr. 24 III.

Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe.

Die Direktionen im Versicherungsgewerbe gehen jetzt dazu über, die Angestellten einzeln im Direktionsbureau zu bearbeiten, um die Reversunterzeichnung zu erlangen. Dabei scheut man vor keinem Mittel zurück. Es wird den Angestellten vorgeredet, daß sie ja ruhig die Reverse unterschreiben können. Wenn der Schiedsspruch gefällt ist, erhielten sie die Nachzahlung doch. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs durch das Arbeitsministerium nur dann erfolgen kann, wenn die Mehrheit der Angestellten die Unterzeichnung der Reserve ablehnt und sich hinter den Zentralverband der Angestellten stellt. Wir müssen deshalb die Angestellten warnen, irgendwelchen Erzählungen Glauben zu schenken. Die Parole des Zentralverbandes lautet noch wie vor: Unbedingte Ablehnung der Reverse. Im ganzen Reiche haben die Angestellten die Anerkennung des G. K. A. und die Unterzeichnung der Reverse restlos abgelehnt. Selbst die Mitglieder des G. K. A. sind der Parole des Zentralverbandes zum größten Teile gefolgt. Wir erwarten, daß die Kollegen in Berlin sich nicht durch die Kollegen im Reiche beschämen lassen.

Kollege Fritz Schmidt wird im übrigen über den Stand der Tarifverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium in der Versammlung der Obleute, Ausschußmitglieder, Delegierten und Vertrauensleute in der Habellbrauerei, Bergmannstraße 5, Mittwoch abend 7 Uhr berichten.

Achtung! Bauenschläger!

Durch Verhandlung mit den Arbeitgebern am 16. Februar wurde folgendes vereinbart:

Der Stundenlohn beträgt 3,50 M. Bei tariflichen Akkordsätze werden um 250 Prozent erhöht.

Als Teuerungszulage wird ab 2. Januar zu den Stundenlöhnen und Akkordverdiensten ein Zuschlag von 12 Prozent gezahlt.

Beschwerden über Nichtbezahlung obiger Sätze ersuchen wir uns unverzüglich mitzuteilen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).

Zentralverband der Glaser. Zahlstelle Berlin. Auf die bestehenden Löhne wird vom 16. Februar ab ein Zuschlag von 50 Pfg. pro Stunde gezahlt. Mithin beträgt der Mindestlohn 4,50 Mk. pro Stunde. Protokolle vom Verbandstag sind im Bureau zu haben. Die Ortsverwaltung. J. A.: Max Purfürst.

Tempelhof. Die Obleute und Betriebsräte aller Betriebe von Tempelhof, die auf den Boden der U. S. P. stehen werden ersucht, zwecks sehr wichtiger Besprechung ihre Adresse sofort an den Obmann der Gewerkschafts- und Rätekommission Gen. Drust, Tempelhof, Werder Str. 10, gelangen zu lassen.

Knorr Bremse. Sämtliche noch ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen treffen sich am Mittwoch Vormittag 10 Uhr bei Bunge zwecks Auszahlung.

Groß-Berlin.

Im Dienste der Arbeiterschaft.

In selbstloser Weise hat sich seit Jahren der Arbeiter-Samariter-Bund bei allen Veranstaltungen der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt, um bei etwaigen Unglücksfällen sofort Hilfe leisten zu können. Früher trat diese Tätigkeit, so anerkennenswert sie immer war, nicht so in die Erscheinung. In Versammlungen und bei Festlichkeiten waren vielleicht einige Ohnmachtsanfälle zu beseitigen und bei größeren Demonstrationen auch mal einige von Schutzmannssäbeln herrührende Wunden zu verbinden. Darauf konnte sich im großen und ganzen der Samariterdienst beschränken.

Die revolutionäre Epoche hat die Arbeiter-Samariter-Kolonnen zu größeren Aufgaben herangezogen. Der soeben erschienene Vorstands- und Kassenbericht sagt darüber das folgende:

Bei den Januar-Unruhen besetzten wir in der Zeit vom 6.—20. Januar 5 Wachen mit 289 Samaritern Tag und Nacht. An den Tagen der Truppeneinzüge belegten wir die Räume der alten und neuen Wache, sowie Unter den Linden 54-55 mit ausreichenden Sanitätsmannschaften. Bei den Märzunruhen errichteten wir im Gebiete der Städte Berlin und Lichtenberg 10 feste Stationen, die Tag und Nacht in der Zeit vom 2.—15. März mit zusammen 434 Mitgliedern besetzt waren. Außerdem wurden nach Bedarf und Möglichkeit eine Anzahl fliegender Wachen, sowie Patrouillen in den Stadtgegenden Berlin, Lichtenberg und Neukölln eingerichtet. Bei den Beerdigungen der Revolutionsopfer, bei allen Massenansammlungen wurden die Ansammlungsplätze mit Wachen belegt, die Züge von Samaritern begleitet. Zu den Ferienspielen der Stadt Neukölln stellten wir erst 2, dann 3 Samariter für die ganze Dauer derselben, die in 806 meist leichten Fällen eingreifen mußten. Am 9. November stellten wir zum ersten Male sämtliche Kolonnen in Alarmbereitschaft, die uns gestattete, in kürzester Zeit an beliebige Stellen Groß-Berlins Samariter zu entsenden. Regelmäßige Wachen stellten wir in großer Zahl für Spielplätze, Turnhallen und Ausflugsorte. Außerdem wurden in 108 Fällen von Organisationen 350 Samariter angefordert und gestellt. Die Gesamtzahl der gestellten Wachen beläuft sich auf ca. 2000. Durch Einführung von Dienstmeldeblocks neben den Unfallmeldungen dürfte sich die Zahl der Dienstleistungen genau erfassen lassen. Es wurden 2231 verletzte oder erkrankte Personen in der ersten Hilfe versorgt. Leider war ein erheblicher Teil, der zur ersten Behandlung gekommenen Fälle sehr schwerer Natur. 259 Transporte mußten namentlich bei den Kämpfen, mit Hilfe der Feuerwehr und anderen Transportmöglichkeiten durchgeführt werden. 34 Personen verstarben in unseren Händen, deren Angehörige nach Möglichkeit in schonendster Weise benachrichtigt wurden.

Noch nicht einbegriffen in diese Zahlen sind die Opfer, die die Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude am 13. Januar d. J. forderten. In weiser Vorsorge, die größere Menschenansammlungen immer erfordern, waren zunächst drei Bezirkskolonnen alarmiert, und als die blutigen Ereignisse eintraten, wurde sofort Verstärkung herangeholt und der Hauptunfallstation in der Alten Wache am Brandenburger Tor zugeteilt. Unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Verwundeten eilten die Samariter teils auf die Straßen, um die Verletzten zu bergen, teils in das Reichstagsgebäude, um dort den Verletzten zu helfen, während auf der Hauptstation ununterbrochen die leider meist Schwerverletzten eintrafen und versorgt wurden. Insgesamt bestand die Arbeit an diesem schweren Tage aus 128 Hilfeleistungen und einer großen Anzahl von Transporten, darunter auch solchen von 19 Toten.

20

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

„Es können auch vier gewesen sein“ — entgegnete Jimmie schlau. — „Ich habe es nicht besonders beachtet.“

„Sie sympathisieren mit diesen Ansichten,“ — sagte der Leutnant. — „Oder bestreiten Sie dies?“

„Nein, Herr, zum Teil bin ich mit ihnen einverstanden.“

„Sie haben diese Flugblätter im Rinnstein gefunden und sich nicht die Mühe gegeben, sie zu zählen?“

„Ja, Herr.“

„Waren ihrer nicht fünf?“

„Ich weiß nicht, glaube nicht.“

„Waren bestimmt nicht sechs?“

„Nein, Herr,“ — erwiderte Jimmie, der sich nun ganz Herr fühlte, — „es waren bestimmt nicht sechs.“

Da öffnete der Leutnant die Tischlade, zog ein Bündel zerknitterter, beschmutzter Flugblätter hervor, legte sie einzeln auf den Tisch, eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben! „Sie lügen!“ wiederholte der Leutnant.

„Ich habe mich geirrt, Herr.“

„Haben Sie den Mann bereits durchsucht?“ — wandte sich der Offizier an die umstehenden Soldaten.

„Noch nicht, Herr.“

„Tun Sie es sofort.“

Die Soldaten vergewisserten sich erst, daß Jimmie unbewaffnet sei, dann zogen sie ihn splitternackt aus. Sie durchsuchten alles, trennten sogar von seinen Stiefeln die Sohlen ab. Als erstes fanden sie natürlich die rote Mitgliedskart in der Innentasche des Rockes. „Aha!“ — rief der Leutnant. — „Weitere Beweise aufrührerischer Gesinnung.“

„Das ist die Mitgliedskarte der sozialistischen Partei,“ — sagte Jimmie.

„Wissen Sie denn nicht, daß bei uns daheim Leute für das Tragen dieser Karte zwanzig Jahre Gefängnis bekommen?“

„Wenn das wahr ist, so ist es eine Schande,“ — bemerkte Jimmie entschlossen.

„Halten Sie Ihr freches Maul!“ — schrie der Offizier.

Eine Pause trat ein, Jimmie schlüpfte in seine Kleider und Leutnant Gannett versuchte, seine Selbstbeherrschung wiederzugewinnen. „Higgins,“ — begann er schließlich mit ruhigerer Stimme — „Sie sind als Hochverräter gegen Ihr Land und Ihre Fahne erwischt worden. Darauf steht die Todesstrafe. Für Sie gibt es bloß eine Rettung, ein offenes Bekenntnis. Verstehen Sie?“

„Ja, Herr.“

„Sagen Sie mir, wer hat Ihnen die Flugblätter gegeben?“

„Das kann ich leider nicht, ich hab sie im Rinnstein gefunden.“

„Sie versteifen sich auf diese dumme Lüge?“

„Es ist die Wahrheit, Herr.“

„Sie wollen also Ihre Mitverschworenen mit Ihrem eigenen Leben decken?“

„Ich habe Ihnen alles gesagt, was ich weiß, Herr.“

„Gut,“ — entgegnete der Leutnant. Er entnahm der Tischlade ein Paar Handfesseln und legte sie Jimmie an. Dann griff er nach Schwert und Revolver; — und Jimmie, der die militärischen Gebräuche nicht kannte, erschrak tödlich. Doch schnallte der Offizier nur die Waffen um, zog seinen Pelz, Fellhandschuhe und Mütze an und befahl Jimmie, ihm zu folgen. Draußen wartete ein Automobil, der Offizier fuhr mit Jimmie und zwei Soldaten nach dem Militärgefängnis.

IV.

Dieses Gebäude hatte der Zar errichten lassen, um das Volk dieser Gegend in Knechtschaft zu erhalten, und nun diente es den Alliierten für den gleichen Zweck. Der ungeheure Steinbau ragte düster in die Nacht auf, und Jimmie, der in Leesville verkündet hatte, Amerika sei noch ärger als Rußland, sah ein, daß er geirrt habe — Amerika und Rußland sind gleich.

Sie traten durch den steinernen Eingang, eine Eisentür öffnete sich und fiel klirrend hinter ihnen ins Schloß. An einem Pult saß ein Feldwebel, der Jimmies Namen in ein Buch eintrug, genau wie dies in Leesville U. S. A. geschah. Der Feldwebel trug Khaki, doch unter dem Khaki war er der gleiche Polizeisergeant wie daheim; man hatte ihm seine alte Beschäftigung zugewiesen — genau wie man Tischler Nägel einschlagen und Chirurgen Operationen vornehmen ließ.

„Feldwebel Perkins,“ — sagte der Leutnant, — „dieser Fall soll Ihnen persönlich übergeben werden.“

„Ja, Herr.“

„Dieser Mann ist auf verräterischer Propaganda gegen die Sicherheit der Armee betroffen worden. Wir wissen bestimmt, daß er Spießgesellen hat, doch weigert er sich, diese zu nennen. Wir müssen die Namen haben.“

„Ja, Herr.“

„Müssen sie sofort haben; die Nachricht von seiner Verhaftung wird sich sonst verbreiten und die Verschwörer werden entkommen. Führen Sie diesen Mann ab, befragen Sie ihn, sehen Sie, was Sie erfahren können. Ich werde hier warten.“

„Gut, Herr.“ Der Feldwebel rekelte seinen gewaltigen Körper vom Stuhl auf, nahm Jimmies Arm zwischen schraubenartige Finger und zerrte ihn durch einen langen Korridor, über eine schmale Treppe hinab. Unterwegs nahmen sie noch zwei Männer in Khaki mit, und die vier durchschritten unterirdische Gänge, bis sie endlich ein mit einer Eisentür versehenes Verlies erreichten. Sie traten ein, das Zerschlagen der Eisentür deuchte Jimmies armer Seele eine tönende Totenglocke. Feldwebel Perkins packte Jimmie bei den Schultern, starrte ihn wütend an: „Nun, Sie Hundesohn!“

Dieser Mann war in Amerika Polizeisergeant gewesen, verstand sich daher vortrefflich auf die „Methode der dritten Sektion“, durch welche man Gefangene dazu bringt, alles, was sie wissen, auszusagen, und dazu noch vieles, was sie nicht wissen, das aber die Polizei gern hören will. Einer der beiden Soldaten, der Gefreite Connor, kannte ebenfalls diese Methode — aus eigener Erfahrung. Er war ein Einbrecher, dessen Name auf vielen Gefängnislisten stand. Das letzte Mal war er bei einer Wirtschaftsrauserei verhaftet worden, und der Richter, der die Vergangenheit des Angeklagten nicht kannte, ließ sich von seinen Tränen rühren und sprach ihn unter der Bedingung, daß er sofort ins Heer eintrete, frei.

(Fortsetzung folgt.)

... Leider hat die Kolonne auch schwere persönliche Verluste zu verzeichnen. Zwei Mitglieder wurden beim Verbinden Schwerverletzter auf der Straße erschossen, zwei männliche und ein weibliches Mitglied schwer verletzt.

Parallel mit dieser ausgedehnten Tätigkeit der Kolonne liefen 11 Lehrkurse zur Ausbildung in der ersten Hilfe, die von 578 Teilnehmern besucht wurden. Die erste Kursusreihe schloß mit befriedigendem Erfolge. Nur 6 Prozent der Prüflinge mußte das Zeugnis vorenthalten werden.

Die während des Berichtsjahres eingerichtete Abteilung zur Beseitigung sanitärer Mißstände konnte in verschiedenen Fällen Mißstände auf dem Verhandlungswege beseitigen. In mehreren Betrieben konnte bei Schaffung von Einrichtungen zur ersten Unfallhilfe zur allseitigen Zufriedenheit mitgearbeitet werden.

Durch die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter-Kolonnen entstehen natürlich auch große Unkosten infolge starken Materialverbrauchs, Arbeitsversäumnis, Entschädigungen usw. Dabei muß besonders hervorgehoben werden, daß die Mitglieder ihre Tätigkeit ohne jede Vergütung ausführen. Zu den Unkosten haben verschiedene Organisationen durch freiwillige Spenden beigetragen, es ist aber zu wünschen, daß alle Arbeiterorganisationen jeglicher Art nach Kräften diese gute Sache unterstützen, ebenso wie es erwünscht ist, daß auch die Zahl der Mitglieder, die sich jetzt auf 321 beläuft, durch neuen Beitritt von Männern und Frauen gestärkt wird.

Für alle die aufopfernde Tätigkeit, mit der sich die Arbeiter-Samariter-Kolonnen in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt haben, sei ihnen auch an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen.

Billigere Milch für Minderbemittelte.

Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag gestellt, dem Magistrat für die Verbilligung der Milch für Minderbemittelte erstmalig die Summe von 500 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Von diesem Betrage sollen werdenden Müttern, Kinder bis zu 2 Jahren und Kranken, denen nach ärztlichem Zeugnis mindestens ½ Liter Milch zusteht, Zuschüsse gewährt werden, deren Höhe die Beibehaltung des bisherigen Milchpreises für die als Minderbemittelte anerkannten Personen gestattet. Als minderbemittelte Personen sind alle diejenigen anzusehen, deren versteuerbares Einkommen bzw. das ihrer Familie nicht über 6000 Mk. hinausgeht, bei kinderreichen Familien, in denen mehrere Personen Milchempfänger sind, ist in Anbetracht der erheblichen Belastung durch die Erhöhung der Milchpreise und die gesundheitlichen Gefahren der Einschränkung des Milchgenusses, ein entsprechend höherer Betrag zugrunde zu legen.

Räteschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 Uhr, findet die erste Vertrauensmänner-Konferenz des laufenden Quartals statt. Sitzungslokal Zimmer 34 der Schule hinter der Garnisonkirche. Es ist Pflicht aller Vertrauensleute zu erscheinen.

Tödlich verunglückt ist gestern früh im Betriebe Knorr-Bremse der Hobler Albert Czarnski, Neukölln, Friedrichstr. 34. Beim Bedienen der Hobelmaschine wurde er erfaßt und zu Tode gequetscht.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag mittag auf dem Bahnhof Wustermark. Der Rangierer Wilhelm Tarnowski verließ beim Rangieren den Wagen. Durch den Dampf der Maschine getäuscht, kam er auf das Geleise, auf dem der ¾1 Uhr-Zug von Berlin kam. Dieser erfaßte ihn und riß ihn in Stücke. Knochen und Fleischteile hingen an den Rädern fest. Tarnowski ist das einzige Kind seiner Eltern. Am Sonnabend sollte seine Hochzeit stattfinden.

Eine Revolverschießerei erregte gestern abend am Schlesischen Bahnhof Aufsehen. Ein Mann, der dort mit alten Kleidungsstücken handelte, sollte von Sicherheitspolizisten festgenommen werden, versuchte aber zu fliehen. Ein Sicherheitspolizist schoß nun hinter ihm her und traf ihn. Der Verletzte wurde zunächst nach der nächsten Rettungswache gebracht.

Zu dem Raubmord, der an dem Schuhmachermeister Goeppner in der Friedenstraße 58 verübt wurde, wird mitgeteilt: Kriminalkommissar Rehnerdt und seine Beamten durchsuchten gestern noch einmal gründlich die Werkstatt des Ermordeten und fanden dabei auch das Geschoß, das dem Manne durch den Hals gegangen ist. Es ist ein 7,6-Millimeter-Geschoß einer Mauserpistole. Mehrere Zeugen erinnern sich jetzt, daß sie die Hülse vor der Ladentür auf der Straße haben liegen sehen. Hiernach haben die Mörder den Schuhmachermeister gleich von der Straße her durch das Loch, das sie in die Türscheibe geschlagen hatten, niedergeschossen, als er, durch das Klirren der Scherben erwacht, durch das Loch nachsehen wollte, was es gebe. Dem entspricht auch der Wundkanal, nach dessen Verlauf Goeppner den tödlichen Schuß in gebückter Haltung bekommen hat. Die vier Täter sind Männer, die man nach dem Ergebnis der Ermittelungen in jener Gegend wiederholt gesehen hat. Trotzdem ist es noch nicht gelungen, sie ausfindig zu machen.

Die Erschießung des Schlossers Rode auf dem Hohenzollerndamm, über die wir in unserer Montag-Abendausgabe berichteten, stellt sich nach neueren Nachrichten anders dar. Danach hat ein Mitglied der Einwohnerwehr ein anderes Mitglied der Wehr erschossen. Der Sachverhalt ist danach folgender: „Nachts gegen 1 Uhr hörte eine Streifmannschaft der Sicherheitspolizei auf dem Hohenzollerndamm in Wilmersdorf einen Schuß fallen und traf auf ein Mitglied der Wilmersdorfer Einwohnerwehr, den Schuhmachermeister Otto Gerßdorf aus der Pfalzburger Straße 12, der in Begleitung seiner Frau den Hohenzollerndamm entlang ging. G., der den Sicherheitspolizisten verdächtig vorkam, da er ein Gewehr Modell 88 über der Schulter trug, wurde festgenommen, und erzählte, daß er soeben einen Einbrecher erschossen habe. Die Sicherheitspolizisten begaben sich nun mit dem Festgenommenen G. nach der Stelle des Zusammenstoßes und fanden dort einen Mann mit völlig zerschossenem Kopf auf dem Pflaster liegen. Der Tote wurde als der Schlosser Willy Rode erkannt, der seit acht Jahren das Haus Sächsische Str. 42 verwaltete und ebenfalls der Wilmersdorfer Einwohnerwehr angehörte. Die Prüfung des Falles ergab, daß offenbar beide Männer sich in der Dunkelheit für Einbrecher gehalten hatten. Der erschossene R. war unbewaffnet und soll angeblich den G. wegen eines Pelzes, den er trug, zur Rede gestellt haben. Andererseits war auch G. der Meinung, einen Einbrecher vor sich zu haben. Der Täter wurde in Haft genommen und dem Polizeipräsidium zugeführt; er soll geistig nicht normal sein.

Parteigenossen, deren Töchter wegen Kohlenmangels nicht die Mädchenschule Waldenser Straße, sondern die Schule Bremer Straße besuchen, werden ersucht, am Donnerstag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula Waldenser Straße 20 bestimmt zu einer Elternversammlung zu erscheinen.

Zeuge gesucht. Den Genossen, der am 18. Januar den Schirm und Hut eines an Krämpfen erkrankten Genossen hielt, als dieser von mir als Samariter behandelt wurde, und der bei der plötzlichen Schießerei vor Schreck davon eilte, bitte ich um seine Adresse, auch um die des Erkrankten. Ernst Grimm, Friedrichsfelde, Walderseestraße 74.

Lebensmittelkalender.

Pankow. Von Dienstag, 17. Februar, ab gelangen für fehlende Kartoffeln Hülsenfrüchte und Bohnenmehl zu gleichen Teilen zum Verkauf; es entfallen auf die Abschnitte 7d—g der Kartoffelkarte der Gemeinde Berlin-Pankow je 100 Gr. Hülsenfrüchte und 200 Gr. Bohnenmehl. Ein Recht auf Auswahl der Ware kann den Käufern nicht eingeräumt werden, der Kaufmann hat vielmehr beides zusammen zu verabfolgen. Der Preis beträgt für Hülsenfrüchte: 500 Gr. 2 M., 100 Gr. 40 Pf., für Bohnenmehl: 500 Gr. 2 M., 100 Gr. 40 Pf.

Lichtenberg. Voranmeldung bis Donnerstag auf Abschnitte 451 E, J, G, K, S 250 Gr. Cerealmehl. — In der Woche vom 16. bis 22. Februar entfallen auf die Abschnitte 8a und b der Kartoffelkarte 2 Pfd. Kartoffeln, auf die Abschnitte 8c—g auf jeden Doppelabschnitt 50 Gr. (zusammen 250 Gr. für 1 M.) geschälte Hülsenfrüchte bei den zuständigen Kartoffelhändlern, ab Mittwoch, den 18. Februar. — Obstmus je 250 Gr. (1,50 M.) auf die Abschnitte 452 E, J, G, K, S der Lichtenberger Lebensmittelkarte.

Friedrichsfelde. Diejenigen Einwohner, die Saatkartoffeln durch die Gemeinde geliefert zu haben wünschen, ersucht der Gemeindevorstand, in der Woche vom 16. bis 21. Februar ihren Bedarf, getrennt nach frühen, mittelfrühen und späten Kartoffeln, mitzuteilen. Meldungen werden schriftlich und auch mündlich im Ernährungsamt, Wilhelmstr. 9, werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags, sowie bei dem Gärtnereibesitzer Albert Rubin, Friedrichsfelde, Berliner Straße 14, unter Vorlegung der Pachtverträge über Landbenutzung usw. entgegengenommen. Pachtgenossenschaften von Laubenkolonien können für ihre Mitglieder in diesem Falle eine Gesamtbescheinigung beim Gemeindevorstand anfordern.

Aus den Organisationen.

8. Distrikt. Sonnabend, den 21. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula Mittenwalder Straße 37: Schubert-Abend. Eintritt 75 Pf.

4. Distrikt, 10., 11., 12., 13. Abteilung. Die Genossen, deren Kinder in der 114. und 198. Gemeindeschule haben, treffen sich Donnerstag abend 7 Uhr bei Jahnke, Zeughofstr. 21. Dringende Besprechung zwecks Elternbeiratswahl.

6. Distrikt. Die Genossen, die die Elternversammlung für das Margareten-Lyzeum, [illegible]str. 11, besuchen wollen, treffen sich Donnerstag abend 6 Uhr bei Dietrich, Marsiliusstr. 23.

10. Distrikt. Freitag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Büttner, Schwedter Straße 23. Referent: Ledebour.

12. Distrikt, 1. Abteilung. Genossen, deren Mädchen in die 197. Schule, Danziger Straße 71, gehen, treffen sich am Donnerstag, 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Max Klug, Danziger Straße 71. Erscheinen dringend notwendig.

12. Distrikt, 3. Abteilung. Elternbeiratswahlen. 288. Knabenschule. Mittwoch, 18. Februar, abends 7½ Uhr, Wählerversammlung bei Klug, Danziger Straße 71. — 209. Knabenschule. Donnerstag, 19. Februar, abends 7½ Uhr, Wählerversammlung bei Klimpel, Dunckerstr. 68.

13. Distrikt, 1. Abteilung (früher 6.). Donnerstag, 19. Februar, abends 7 Uhr, Abteilungsversammlung in der Schulaula Schönfließer Straße 7. Vortrag von Dr. Rosenberg über: „Die weltpolitische Lage und das deutsche Proletariat." Diskussion.

Charlottenburg. Donnerstag abend 7 Uhr öffentliche Frauenversammlung im Volkshaus. T.-O.: „Die Lage der Frauen." Referentin: Gen. Wulf.

Neukölln. Heute abend 7 Uhr findet die Bezirksversammlung bei Mewes, Emser Straße 95, nicht für den 16., sondern für den 14. Bezirk statt.

Zehlendorf (Wannseebahn). Mittwoch 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lindenpark. Infolge der am Freitag, 20. Februar, stattfindenden öffentlichen Versammlung über Elternbeiräte und Wahlen derselben am 22. Februar ist es außerordentlich wichtig, zur Mitgliederversammlung zu erscheinen.

Stralau. Freitag abend 7½ Uhr öffentliche Versammlung in der „Alten Taverne". Thema: Bedeutung und Aufgabe der Elternbeiräte. Ref.: Lehrer Ponson.

Oberschöneweide. Mittwoch abend 7½ Uhr Versammlung in der Schulaula Frischenstraße. Genosse Schwenk spricht über: „Lebensmittelknappheit und Teuerung."

Vereinskalender.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Donnerstag, 19. Februar: Fachgruppe 5 (Sektion der Rechtsanwaltsangestellten) abends ½8 Uhr im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72 (Durchführung des Tarifvertrages). — Fachgruppe 6 (Sektion der Speditionsangestellten) abends ½8 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18 (Betriebsrätegesetz). — Fachgruppe 12 (Sektion Kohlenhandel) öffentliche Versammlung abends ½8 Uhr im „Schultheiß", Neue Jakobstr. 24/25. — Jugendgruppe: Außerordentliche Versammlung abends 7 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18.

Siemens-Konzern. Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute, welche der U. S. P. angehören, treffen sich am Freitag, 20. Februar, 5 Uhr, bei Müller, Nonnendamm, Ecke Märkischer Steig, zu einer wichtigen Besprechung.

Allgemeiner humanistischer Kulturbund. Mittwoch abend 7½ Uhr. Ref. Fähe: „Marx und der Marxismus." — Eintritt frei. Freie Aussprache.

Briefkasten.

Mehrere Anfragen. Ihre Anfragen, warum an vielen öffentlichen Gebäuden, auf Formularen usw. sich immer noch die Worte „Königlich" und „Kaiserlich" vorfinden, können wir einwandfrei leider nicht beantworten. Wir vermuten aber, daß aus Sparsamkeitsrücksichten es bei dem alten Zustand bleibt, da die maßgebenden Stellen wohl annehmen, daß über kurz oder lang ja doch wieder ein Kaiser und ein König da sein werden.

U. 17. Aus dem Fonds, der durch die herumgehenden Sammellisten gespeist wird, werden politische Gefangene ohne Ansehen der Person, also auch Nichtorganisierte, unterstützt.

FREIE WELT 7
HEUTE NEU!
30 Pfennig.
BEI JEDEM ZEITUNGSHÄNDLER ZU HABEN.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Platin 275 M.
Zahngebisse bis 3000 Mark
jedoch pro Zahn nicht unter 15 M.
Gold- und Silbersachen sowie Bruch.
Konkurrenzlose Preise
Pilz, Alte Schönhauser Strasse 19, II.
Geschäftszeit von 9–5 Uhr

Kupfer .. 21.–
Messing 12.–
Rotguß . 18.–
Blei ... 6–7
Zink ... 5–6
Rainkn . . 55–60
Nichterwitz, Admiralstr. 3.

Kaufe
Marder-, Fuchs-, Iltis-, Reh-, Hasen-, Ziegenfelle usw. zu den höchsten Tagespreisen
Berlin, Koppel, Weinmeisterstr. 13. Nord. 6896

Messing 13.– b. 13.50, Blei 8.–, Zink 6.– b. 6.50, Weißmetall 30.–, Kupfer 22.– bis 22.50, Rotguß 19.– b. 20.–, Reinzinn b. 65.–, Aluminium 14.– b. 17
zahlt per Kilo, bei größ. Post. mehr, Metallschmelze Mariannenstrasse 24 an der Kottbuser Brücke. Amt Mol. 10658, Nebenanschl. — Sendungen von außerhalb bitten wir unter „Nachnahme" einzusenden.

Messing 13,00 Blei 8,20 Zink 7,50
Kupfer 23,00 Rotguß 21,00
zahlt per kg
Franz Stingl, Mechaniker
Alte Jakobstraße 69, Quergeb. I r.

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung schon seit 50 Jahren bei Barthel
Zorndorfer Straße 54

Schokoladenpulver
Klaus Pastillen
Amerik. Kakao
Keks – Tee
weiße Bohnen
Reisstärke
Bananenmehl
Tabak
Zigarren
Zigaretten
Liköre
F. P. A. Kauffmann
BERLIN S 14
Wallstraße 55/56
en gros en détail

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe / Knöpfe
Konfektion
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung
C. Pelz
SO 26, Kottbuser Str. 5

Wunderbar b. ... mit Ihr Harnsäure ... „Parasan" ... Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.

Stoffe
für Anzüge
gestreifte Hosen und Kostüme
sowie Plüsche
und Astrachans
außerordentlich preiswert.
Johannes Becker,
Leipziger Str. 22 (Spittelm.).

Kupfer : . bis 22.00
Aluminium. 20.00
Rotguß . . 17.00
Blei . . 7.50 bis 8.00
Zink . . 6.00 – 6.50
Zinn, Lagermetall
kauft Schlosserei Stallschreiberstraße 58, am Moritzplatz.

Raucherdank!
ges. gesch., ermögl. in einig. Tagen d. Rauchen ganz od. teilw. zu unterlassen. Amtl. begutacht. Wirk. verbl. Vollst. unschädl. Tägl. Anerk. Ausk. ums.
Institut Englbrecht
München R. 21, Kapuzinerstr. 9.

Reelles Gewicht
Wir kaufen KUPFER Blei, Zink MESSING Stanniol Zinnfolie Quecksilber Aluminium Celluloid Metallabfälle Platin, Goldbruch und Silberbruch
PETERS Prenzl. Str. 24
MÖBUS Waldstraße 3
GERMEL Gubener Straße 60
DEGENER Schöneberg Bahnstraße 46
HAASE Skalitz. Str. 93a Ecke Lausitzer Platz
Höchste Preise

Platin-Brennstifte
Gramm 310.– M.
freibleibend
Gegründet 1903 kauft Gegründet 1903
Metallkontor
Alte Jakobstraße 138
(Hallesches Tor)
Geschäftszeit 9–4 Uhr.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren kauft
Borgwardt, Prinzenstraße 64, Moritzplatz 3363.

Elektromotoren
kauft — verkauft — repariert
Einkauf von Kupferleitungen, Litzen und sämtl. Installationsmaterial
Wilhelm Neumann G. m. b. H.
Dresdener Str. 41.
Telef.: Moritzplatz 1353 u. 1354.

Gold- u. Silberwaren, Medaillen
kauft zu höchst. Tagespreisen
Silberzentrale
Gotzkowskystr. 13 und Huttenstr. 35.

Kupferleitungen, Litzen, Kabel, Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahl. Einkaufsbüro O. 34, Gubener Str. 23. Alex. 1940.

Kupfer bis 21.–
Rotguß – 18.–
Messing – 12.–
Blei 7 bis 7.50
Zink bis 6.–
Aluminium – 17.–
per Kilo kauft ständig
Schlosserei, Stallschreiberstr. 58.

Schnellaufbohrer.
Schmirgelleinen, sämtliche neue Werkzeuge, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

Schnellaufbohrer kauft laufend jeden Posten, zahle hohe Aufschläge auf Verbandsliste. Friedrich Morgenstein, Lichtenberg, Weichselstr. 18, Telephon Alex. 1360.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel.: Lützow 3703 und 6518.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel – Litzen Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2118.

Zahngebisse!
Goldbruch, Silberbruch,
Platin
Salpetersaures Silber, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend
Silberschmelze Christiongat.
Köpenicker Str. 20a
(gegüb. Manteuffelstr.)

Metallhandlung.
Wallnertheaterstr. 5.
zahlt, weil Ware benötigt, für Kupfer 21.–, Messing 11,50, Blei, Zink usw.
die besten Preise.
Bitte beachten!

Alt-Metalle
zahle höchste Preise
K. Andersson,
Manteuffelstraße 31.

Metalleinkaufsstelle
Inh. O. Kowalsky
Neukölln, Schillerpromenade 23
kauft
Altmetall und Abfälle
über Tagespreis.

Kaninfelle,
Hasen-, Ziegen- u. Rehfelle, Wildware kauft zu höchsten Tagespreisen jedes Quantum
Robert Kundt, Kürschnermeister,
Berlin, Mohstr. 68.

Möbel gegen Bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Größte Rücksicht. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Landwehr, Müllerstr. 7, 1 Treppe, direkt am Weddingplatz.

Goldflake
Garbaty, Josetti, Problem, Neuerburg, Verkauf, Gastwirte, Kantinen, Selbstverbr. Katzky, Gr. Frankfurter Str. 97, Hof otr.

Englische Zigaretten!
Dicke Türken, erstklassige deutsche Marken, extra billigste Tagespreise!
Winkler, Schmidstr. 30
Ecke Schülerstr. 7.

MÖBEL
Pianos, Teppiche, Gardinen kauft aus Privathand Nicolai, Bärwaldstraße 48.

Fotoapparate
Prismengläser, Objektive kauft, verkauft
Rosenthal Nachfg.
Pappelallee 3.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Räder Weidlich. Alle Sorten Räder, Leiterwagen, Kastenwagen, Rungewagen. Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Spezialarzt
Dr. med. Lommer
Geschlechtskrankheiten
Syphilis, Salvarsan-Kuren
Brunnenstr. 185
...

Bettnässen
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aeltestes u. bewährte ges. gesch. ...
Institut Englbrecht,
München B 401, Kapuzinerstr.

Löffler's Pelzhaus
Friedrichstr. 118/119, am Oranienburger Tor.
Vorteilhafter Einkauf in Pelzsachen
Reparaturen werden prompt und sauber ausgeführt.

Feine reinwollene
Anzüge, Paletots,
Ulster und Hosen nach Maß ganz besonders billig
Katz, Schneidermeister,
Französische Str. 40.

Schafwolle, -Felle
Metalle, Matratzenhaar 10 M. pro kg, Roßhaar bis 40 M. pro kg, alle Arten Gummi, kaufe Strumpfwolle, 24 M. pro kg.
Produktenlager ...
Münzstraße 8.
Von Freitag, 5 Uhr nachm. bis Sonnabend, 6 Uhr nachm. geschlossen.

Junge Mädchen
für leichte Beschäftigung verlangen sofort
Gebrüder Borchardt, Wäschefabrik, Pappel-Allee Nr. 78–79.

Blusenzuschneiderinnen
geübte, verlangen sofort
S. Blumenau & Sohn
Pappelallee 78–79.

Knopflochanzeichnerinnen
ganz geübte, auf Herrenwäsche verlangen sofort
Gebrüder Borchardt,
Wäschefabrik,
Pappelallee 78–79.

Knopflochanzeichnerinnen
ganz geübte, auf Herrenwäsche verlangen sofort
S. Blumenau & Sohn
Pappelallee 78–79.